

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,  
Lebensqualität**

**Tagungsbericht**  
**18. Sitzung**

**Berlin, den 21.03.2012, 13:00 Uhr**  
**Sitzungsort: Halle des Paul-Löbe-Hauses**

Symposium der Enquete-Kommission

"Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - ein neuer Kompass für Politik und Gesellschaft"

Begrüßung durch die Vorsitzende, Abg. Daniela Kolbe	S. 3
Grußwort des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert	S. 4
<i>Forum I</i>	
Nachhaltigkeit und Wachstum - ein Widerspruch?	S. 7
Prof. Dr. Marina Fischer-Kowalski, Universität Klagenfurt	
Prof. Dr. Dr. h. c. Carl Christian von Weizsäcker, Max-Planck-Institut für Gemeinschaftsgüter	
<i>Podiumsdiskussion</i>	S. 12
Abg. Dr. Matthias Heider, Abg. Edelgard Bulmahn, Abg. Florian Bernschneider, Abg. Ulla Lötzer, Abg. Dr. Hermann E. Ott	
<i>Forum II</i>	S. 17
FWohlstandsaspekte jenseits des BIP: warum Wachstum allein nicht glücklich macht	
Martine Durand, OECD	
Prof. Dr. Mathias Binswanger, Fachhochschule Nordwestschweiz	
<i>Abschlussrede</i>	S. 24
Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft	
Achim Steiner, Exekutivdirektor UNEP	

Die Enquete-Kommission hatte nach internen Vorabsprachen in ihrer 15. Sitzung am 16. Januar 2012 förmlich beschlossen, ein wissenschaftlich ausgerichtetes Symposium als öffentliche Sitzung der Kommission durchzuführen. Mit der Veranstaltung sollten Aspekte der Kommissionsarbeit widergespiegelt werden. Als Adressat der Tagung sollte insbesondere die wissenschaftliche Öffentlichkeit, die sich mit den Themenfeldern der Kommissionstätigkeit beschäftigt, angesprochen werden.

Das Symposium hat am 21. März 2012 in Berlin, Paul-Löbe-Haus, in der Zeit von 13.00 Uhr bis 17.30 Uhr stattgefunden. Über den Verlauf und die wesentlichen Fachbeiträge wird nachfolgend berichtet.

## **I. Programmablauf**

13.00

Begrüßung und Einleitung

**Daniela Kolbe**, *Vorsitzende der Enquete-Kommission*

Grüßwort

**Prof. Dr. Norbert Lammert**, *Präsident des Deutschen Bundestages*

### **Forum I**

#### **Nachhaltigkeit und Wachstum – ein Widerspruch?**

13.15

**Prof. Dr. Marina Fischer-Kowalski**

*Professorin für Soziale Ökologie,*

Universität Klagenfurt

**Prof. Dr. Dr. h. c. Carl Christian von Weizsäcker**

*Max-Planck-Institut für Gemeinschaftsgüter,*

Bonn

13.45 Diskussion

Moderation: Petra Pinzler (DIE ZEIT)

14.15

**Podiumsdiskussion parlamentarischer Mitglieder**

der Enquete-Kommission

Moderation: Petra Pinzler (DIE ZEIT)

15.15 Kaffeepause

**Forum II**  
**Wohlstandsaspekte jenseits des BIP: warum**  
**Wachstum allein nicht glücklich macht**

15.45

**Martine Durand**

*Chefstatistikerin der OECD*

**Prof. Dr. Mathias Binswanger,**

*Professor für Volkswirtschaftslehre,*

*Fachhochschule Nordwestschweiz*

Olten

16.15 Diskussion

Moderation: Petra Pinzler (DIE ZEIT)

16.45 Hauptrede

**Achim Steiner**

*Exekutivdirektor des Umweltprogramms*

*der Vereinten Nationen (UNEP)*

Thema: „Wege zu nachhaltigem Wirtschaften  
und gesellschaftlichem Fortschritt in der  
Sozialen Marktwirtschaft“

17.30 Empfang

**II. Begrüßung durch die Vorsitzende der Kommission, Abg. Daniela Kolbe**

Die Vorsitzenden betonte in ihrer Begrüßung, die Themen die von der Kommission bearbeitet werden, trafen den Kern einer umfassenden gesellschaftlichen Debatte, in der die Bürger und Bürgerinnen in einer zunehmend komplexen Welt, die vor weitreichenden klimapolitischen Herausforderungen und den Auswirkungen einer tiefgreifenden Finanzkrise geprägt sei, zunehmenden nach Orientierung suchten. In dieser Situation suche auch der politische Bereich um Antworten auf die Frage, was unter Wohlstand zu verstehen sei und wie er für möglichst alle Bürgerinnen und Bürger erreicht wie auch gesichert werden könne. Es müsse eine Form des Wirtschaftens aufgenommen werden, die nicht die Zukunft künftiger Generationen aufs Spiel setze.

An vielen Stellen ständen die Antworten aus der Kommissionsarbeit noch aus. Klar sei aber in den bisherigen Kommissionsberatungen geworden, dass eine Fortsetzung des rein quantitativen Wachstums nicht in Frage komme.

Aber auch eine ‚Back to nature-Politik‘ sei keine tragfähige Lösung. Vielmehr werde wirtschaftliche Prosperität, die dem Menschen nützt und die Umwelt schont, in der Kommissionsdebatte positiv diskutiert und dabei der Versuch unternommen, den politischen Diskurs zu verändern.

Unter Bezug auf die konstituierende Sitzung der Kommission erinnert Abg. Daniela Kolbe daran, dass ein häufig gebrauchtes Diktum sei, bestimmte Entscheidungen als ‚alternativlos‘ darstellen. Aufgabe der Kommission sei es dagegen, Wahlmöglichkeiten gegen die Perpetuierung des bestehenden Modells zu entwickeln. Auf diesem Weg sei die Kommission bereits ein gutes Stück vorangekommen, so dass das Symposium die Gelegenheit biete, mit externen Fachleuten und der interessierten Öffentlichkeit die Themen des Enquete-Auftrags weiter zu diskutieren.

### **III. Grußwort des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert (im Wortlaut)**

Frau Vorsitzende, liebe Kollegin Kolbe, sehr geehrte Sachverständige, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, meine Damen und Herren,

heute auf den Tag genau vor 141 Jahren, am 21. März 1871, wurde in Berlin der in der Reichstagswahl am 3. März gewählte erste Deutsche Reichstag eröffnet und Eduard von Simson von den gewählten Abgeordneten zum ersten Reichstagspräsidenten gewählt. Am gleichen Tag wurde übrigens Otto von Bismarck von Kaiser Wilhelm zum ersten Reichskanzler ernannt und - damit das eine mit dem anderen gleich das richtige protokollarische Gleichgewicht bekam - in den Fürstenstand erhoben. Wie sich unmittelbar danach das Kräfteverhältnis zwischen Exekutive und Legislative entwickelt hat, setze ich im Großen und Ganzen als allgemein bekannt voraus. Es wäre ansonsten ein schöner Gegenstand für eine andere Enquete-Kommission.

Jedenfalls wird man ohne Übertreibung sagen können: damals begann der Deutsche Parlamentarismus mühsam, das Laufen zu lernen. Und damals wäre weder jemand auf die Idee gekommen, über solche Instrumente gemeinsamen Nachdenkens Überlegungen anzustellen, wie wir sie heute ganz selbstverständlich in Gestalt von Enquete-Kommissionen haben, brauchen und nutzen. Und schon gar nicht könnte man sich für die 70er Jahre des 19. Jahrhunderts in einem deutschen Parlament ein ehrgeiziges

Forschungsvorhaben zur selbstkritischen Betrachtung von Wohlstand und seiner Relevanz für Lebensqualität vorstellen. Damals, viele Jahre vor der Bismarckschen Sozialgesetzgebung, hatte das Land scheinbar oder tatsächlich jedenfalls ganz andere Themen auf der Tagesordnung, was zwar zugegebenermaßen weit weg ist und uns weder be- noch entlastet mit Blick auf die heutigen Tagesordnungen, aber immerhin den nicht völlig belanglosen Hinweis nahelegt, dass die Wahrnehmung von Problemen, die Wahrnehmung von Herausforderungen immer mit konkreten Zeitumständen zu tun hat. Wir reden weder über ewig gültige Problemstellungen noch finden wir vermutlich ewig gültige Antworten auf dieselbe. Aber es gibt gute Gründe sich mit grundsätzlichen Fragestellungen und Herausforderungen unseres Verständnisses von Gesellschaft und gesellschaftlicher Entwicklung in regelmäßigen Abständen immer wieder neu auseinanderzusetzen und dabei auch immer wieder neu die Frage zu beantworten, ob wir vielleicht Anlass haben, vertraute und lieb gewordene Denkgewohnheiten in Frage zu stellen und uns neu Rechenschaft darüber abzulegen, ob zwischen Kosten und Nutzen, zwischen Preisen und Werten ein angemessenes Verhältnis besteht oder ob es neuer Justierungen bedarf.

Mein persönlicher Eindruck ist, dass zum Zeitpunkt der Einsetzung dieser Enquete-Kommission, die genau diese Absicht verfolgt, es ein jeweils beachtliches Maß an Entschlossenheit auf der einen Seite gab, genau diese grundsätzlichen Fragen neu und grundsätzlich und unvoreingenommen auf die Tagesordnung zu bringen, und auf der anderen Seite ein ähnliches hohes Maß an Skepsis, ob das wirklich vielleicht nicht nötig, aber doch erfolgversprechend sei. Denn die Fragestellung ist zweifellos nicht neu, und die Versuche, auf diese Fragen neue Antworten zu finden, haben in der Zwischenzeit auch vor Einsetzung dieser Kommission schon ganze Regalwände mit Literatur gefüllt, ohne dass jemand den Eindruck gewonnen hätte, damit sei nun eine überzeugende neue Antwort auf diese grundsätzliche Problematik gefunden. Wenn wir diesen Eindruck gehabt hätten, wäre es vermutlich auch nicht zur Einsetzung der Enquete-Kommission gekommen.

Nun muss ich, soll ich, darf ich liebenswürdigerweise zu diesem Symposium heute, das gewissermaßen auf der Halbzeit der Strecke der Beschäftigung dieser Enquete-Kommission auch dem Zweck dient, den gegenwärtigen Stand der Überlegung in der Kommission mit einer interessierten Öffentlichkeit zu spiegeln, ein paar freundliche Bemerkungen zur Relevanz des Themas machen, und niemand – glücklicherweise - erwartet von mir,

dass ich die Ergebnisse jetzt schon dabei hätte, die wir uns alle miteinander natürlich vom Endbericht der Kommission unbedingt erwarten. Deswegen begnüge ich mich auch auf den Hinweis, dass ich in Kenntnis dieses heutigen Termins in den vergangenen Wochen immer einmal wieder den einen oder anderen Zeitungsartikel zur Seite gelegt habe, der sich mit diesem Thema beschäftigt. Ich bin dabei in einer Zeitung, hinter der angeblich ausschließlich kluge Köpfe stecken sollen, vor wenigen Tagen auf einen Artikel gestoßen, der gleich im ersten Absatz einen wesentlichen Teil der Fragestellung des heutigen Symposiums bündig wie folgt resümiert: „Wohlstand macht doch glücklich“. Die spontane Besorgnis, das könnte Frau Kolbe zur Absage des Symposiums führen, hat sich glücklicherweise in der Zwischenzeit erledigt. Umgekehrt für die Einsicht, dass Wohlstand alleine nicht glücklich macht, hätte es der Einsetzung einer solchen Kommission vermutlich nicht bedurft. Dafür reicht eigentlich der gesunde Menschenverstand, der im Übrigen auch für die Verfolgung der Themen dieser Kommission neben der professionellen Expertise ganz gewiss nicht schadet.

Bevor ich einen weiteren Artikel von gestern noch anspreche, will ich zu der flotten Bemerkung dieses Artikels aus der FAS einen der Kirchenväter unserer Wirtschaftsordnung gewissermaßen korrespondierend zitieren, nämlich Ludwig Erhard, dem wir nicht nur den damaligen Bestseller unter dem einschlägigen Titel verdanken: ‚Wohlstand für alle‘, sondern die nicht ganz so bekannte Bemerkung in diesem Buch - er teilt ja das Schicksal vieler Bestsellerautoren, die alle im Bücherschrank stehen haben, aber keiner gelesen hat - in dem nämlich Ludwig Erhard schreibt: „Wohlstand ist eine Grundlage, aber kein Leitbild für die Lebensgestaltung“. Das ist schon während seiner Amts- und Lebenszeiten nicht wirklich im öffentlichen Bewusstsein gewesen und hat sich spätestens nach seinem Ausscheiden aus den einschlägigen Ämtern fast vollständig verflüchtigt. Wenn diese Enquete-Kommission dazu beiträgt, diese Einsicht zu revitalisieren und in den Kontext neuer Herausforderungen insbesondere in den globalen Maßstäben zu rücken, mit denen sich auch Ludwig Erhard damals noch nicht befassen musste und befasst hat, wäre allein dies die Anstrengung wert, die diese Kommission unternimmt.

Gestern schließlich habe ich in einem Artikel einer anderen bedeutenden Fachzeitschrift, nämlich der Financial Times Deutschland, die sich mit der Arbeit der Enquete-Kommission auseinandersetzt, auch und ausdrücklich mit Blick auf unsere heutige Veranstaltung den Hinweis gefunden, ich zitiere: „Grußwort vom Bundestagspräsidenten, Vorträge, Diskussionsrunden,

Mineralwasser. Toll.“ Das hat mir gefallen. Allein schon deswegen, weil bei aufgeklärter und selbstkritischer Behandlung des Wohlstandsbegriffs Mineralwasser keine schlechte Lösung ist, und manchen anderen populäreren Alternativen mindestens gleichwertig, insofern sicher wieder nicht alternativlos, aber beachtlich. Und wenn sich im Übrigen das vorhin von mir angesprochene Spannungsverhältnis zwischen vielleicht übertriebenen Erwartungen der einen, die glauben, mit Hilfe dieser Kommission die Welt wenn schon nicht neu erfinden, so doch sicher verbindlich neu vermessen zu können, und der ebenso übertriebenen Skepsis der anderen, die schon jetzt zu wissen glauben, dass das Ganze gar keinen Sinn mache, weil man mit immer wieder neuen Anläufen immer wieder in die gleichen Sackgassen laufe, aus diesem Spannungsverhältnis neue Funken schlagen lassen, dann wäre das mit und ohne Mineralwasser ziemlich toll.

In diesem Sinne wünsche ich diesem Symposium die Erträge, die die Veranstalter und auch und gerade natürlich der Präsident des Deutschen Bundestages sich davon erhoffen. Danke auch bei dieser Gelegenheit nochmals allen Kolleginnen und Kollegen, insbesondere aber den Sachverständigen, für ihre Arbeit an diesem Thema. Ich wünsche Ihnen einen interessanten und informativen Nachmittag.

#### **IV. Forum I**

##### **Nachhaltigkeit und Wachstum – ein Widerspruch?**

###### **a) Prof. Dr. Marina Fischer-Kowalski, Professorin für Soziale Ökologie, Universität Klagenfurt**

Prof. Fischer-Kowalski beleuchtet die Frage nach einem Widerspruch zwischen Nachhaltigkeit und Wachstum primär mit Blick auf den Ressourcenverbrauch. Es gab mehrere große Transformationen in der Menschheitsgeschichte - von Jägern und Sammlern zur Agrargesellschaft und später zur Industriegesellschaft. Jede dieser Transformationen war mit einer Erhöhung des Ressourcenverbrauchs verbunden. Die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft werde eine ähnliche oder größere Dimension haben, sie könne jedoch nicht mit einem erhöhten Ressourcenverbrauch einhergehen, stellt Prof. Fischer Kowalski klar.

Die globale jährliche Ressourcenentnahme hat sich im letzten Jahrhundert versiebenfacht, allerdings ist das globale Sozialprodukt (BIP) noch schneller gewachsen. In den Industrieländern zeigen sich in den letzten Jahrzehnten Sättigungstendenzen und damit eine Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wachstum. Im Weltdurchschnitt steigt der Verbrauch allerdings stark an, weil in den Schwellenländern gerade erst die Transformation in Richtung Industrialisierung auf Basis fossiler Energien stattfindet. Es zeige sich ein klarer Zusammenhang zwischen Einkommen und Ressourcenverbrauch, erklärt Prof. Fischer-Kowalski, Reichtum führt zu höherem Verbrauch. Allerdings gäbe es erhebliche Spielräume, Länder mit gleichem Einkommen können stark unterschiedliche Ressourcenverbräuche haben.

In Summe sind die aktuellen Trends der globalen Ressourcenentnahme nicht nachhaltig, es erscheint überhaupt kaum möglich, sie aufrecht zu erhalten. Tragfähige Szenarien ergäben sich erst ab einer Halbierung des Ressourcenverbrauchs in den Industrieländern, wie der „Decoupling Report“ des Umweltprogramms der Vereinten Nationen zeigt. Für die Industrieländer gäbe es bei schon auftretenden Knappheiten und hohen Preisen gute wirtschaftliche Gründe, eine Trendwende einzuleiten, argumentiert Prof. Fischer-Kowalski. Politik könne in einer „Visionsrolle“ diese Entwicklung verstärken und verstetigen und ein besseres Modell für andere Länder abgeben. Die Politik könne die anstehenden Veränderungen nicht aussitzen und weitermachen wie bisher.

Als positiven Ausblick zeigt Prof. Fischer-Kowalski den Zusammenhang von Entwicklung und CO<sub>2</sub>-Emissionen zwischen Ländern und im Zeitverlauf. Während für das Erreichen eines hohen Entwicklungsstands im Jahre 1975 fast fünf Tonnen CO<sub>2</sub> nötig waren, so war es im Jahr 2005 nur etwas mehr als eine Tonne. Die Menschheit sei also organisatorisch und technisch in der Lage, viel Wohlfahrt mit weniger Ressourcen zu produzieren und müsse dies im Sinne einer Weltentwicklung auch tun.

**b) Prof. Dr. Dr. h. c. Carl Christian von Weizsäcker,  
Max-Planck-Institut für Gemeinschaftsgüter, Bonn**

Prof. von Weizsäcker fokussiert seinen Beitrag auf eine zentrale Begriffsklärung, die zu Schlussfolgerungen für die Debatte um Wachstum und Nachhaltigkeit führt. Er erklärt zuerst die Berechnung des realen Sozial-



produkts aus dem nominellen Sozialprodukt, der Summe der Wertschöpfung aller Unternehmen. Das nominelle Sozialprodukt verändert sich sowohl aufgrund von Inflation als auch durch reales Wachstum, wobei zur Feststellung der Inflation das Preisniveau berechnet werden muss. Hierfür wird ein möglichst realistischer Warenkorb zusammengestellt, aus den unterschiedlichen Kosten für diesen Warenkorb in unterschiedlichen Jahren ergibt sich die Preissteigerung bzw. die Inflationsrate. Anhand von dieser wird das reale Sozialprodukt errechnet.

Anhand eines Zahlenbeispiels zeigt Prof. von Weizsäcker die Schwierigkeiten bei der Bestimmung des Warenkorbes über längere Zeiträume hinweg, welche allerdings notwendig sei, da sich das Konzept von Nachhaltigkeit auf solche langen Zeiträume bezieht. Eine Trendfortschreibung beim Ressourcenverbrauch sei, wie schon von Prof. Fischer-Kowalski dargestellt, nicht nachhaltig. Gleichzeitig stellt Prof. von Weizsäcker dar, dass eine sinnvolle Messung des realen Sozialprodukts über 100 Jahre oder mehr nicht möglich sei. Der Warenkorb der Zukunft sei kaum sinnvoll zu bestimmen, da zu wenig über die Produkte der Zukunft bekannt ist. Diese Schwierigkeit erläutert er anhand des genannten Zahlenbeispiels mit zwei Arten von Gütern. Über einen Zeitraum von hundert Jahren haben sich die konsumierten Gütern und Dienstleistungen fundamental gewandelt. Je nachdem, ob der historische oder der aktuelle Warenkorb zur Berechnung der Inflation genutzt wird, ergibt sich eine reale Wachstumsrate von 0,3 Prozent oder aber 4,6 Prozent. Daraus folgert er, dass die Frage nach der Entwicklung des Sozialprodukts über einen Zeitraum von 100 Jahren untauglich sei. Damit wäre auch die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit falsch gestellt. Als richtige Fragen bezeichnet Prof. von Weizsäcker die Kompatibilität von Nachhaltigkeit mit Größen wie (1) einem Wachstum vom Verbrauch fossiler Energieträger, (2) dem medizinischem Fortschritt und steigender Lebenserwartung, (3) Geld für Bildung, (4) oder der gegenwärtigen Form der parlamentarischen Demokratie. Zu letztgenannter Frage kritisierte er die These des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU), dass ein Umbau der Demokratie im Sinne einer „großen Transformation“ notwendig sei. Die Vorschläge des WBGU für einen gestaltenden Staat seien eine Sackgasse in die Stagnation, da zu viel Staat immer Stagnation bedeute.

**c) Diskussion**

In der anschließenden Diskussion stellt Prof. von Weizsäcker klar, dass ein Wachstum, welches zu erhöhtem Ressourcenverbrauch führt, nicht nachhaltig sei. Allerdings sei dies von der Frage nach dem Sozialprodukt zu trennen, welches nicht sinnvoll zu messen sei. Prof. Fischer-Kowalski sieht die Möglichkeiten der Messung sowohl von Wohlstand als auch Ressourcenverbrauch über längere Zeiträume optimistischer, die Ergebnisse seien plausibel und ermöglichten sinnvolle Analysen des Zusammenhangs von Wohlstand und Ressourcenverbrauch. Prof. von Weizsäcker weist darauf hin, dass eben dieser Zusammenhang zwar in einer gewissen Form des Wirtschaftens gegeben sein, bei einer anderen Form des Wirtschaftens jedoch der Ressourcenverbrauch unabhängig vom Sozialprodukt gesenkt werden könne. Der Fokus auf das Sozialprodukt in ökologischen Fragen sei entsprechend irreführend. Wichtiger als das Sozialprodukt seien der Grad der Freiheit, das Maß der Arbeitsteilung oder andere Merkmale einer Gesellschaft, diese ließen sich jedoch nicht messen.

Auf die Nachfrage der Moderatorin nach der Möglichkeit einer Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch antwortet Prof. von Weizsäcker, dass über lange Sicht die Reduktion des Ressourcenverbrauchs relevant sei, egal ob dieser mit dem Sozialprodukt zusammenhängt oder nicht. Prof. Fischer-Kowalski weist darauf hin, dass sich hieraus allerdings große gesellschaftliche Veränderungen ergäben, auf diese gelte es sich einzustellen. Angesichts der Bedeutung von Wirtschaftswachstum im politischen Raum ergäbe sich auch eine Relevanz der Frage nach Entkopplung, eben weil bisher ein starker Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch besteht.

Die Stagnation des Ressourcenverbrauchs in den entwickelten Industrieländern seit den 1970er Jahren sieht Prof. Fischer-Kowalski nicht als reines Ergebnis von Verschiebungen in Entwicklungsländer, auch wenn diese eine Rolle spielen. Es zeigten sich Tendenzen der Sättigung, die weitgehend nicht das Ergebnis politischer Steuerung seien. Allerdings läge der Verbrauch weiterhin weit über einem tragbaren Niveau.

Das Kommissionsmitglied Dr. Norbert Reuter fragt nach, ob der Vortrag von Prof. von Weizsäcker als Plädoyer für eine geringere Berücksichtigung des BIP zugunsten der Nutzung anderer Indikatoren zu verstehen sei. Der Angesprochene führt aus, dass er es generell für nicht sinnvoll hält, sich zu stark auf Indikatoren zu verlassen. Nicht nur das BIP, sondern auch viele

andere Indikatoren wie das „Wohlstandsquintett“ seien wenig aussagekräftig und ihre Auswahl willkürlich. Derartige Indikatoren funktionierten nur innerhalb einer gewissen Weltsicht, die man aber nicht der ganzen Gesellschaft aufzwingen dürfe. Entsprechend mahnt Prof. von Weizsäcker zur Vorsicht beim Umgang mit derartigen Indizes.

Auf die Rückfrage des Kommissionsmitglieds Michael Müller nach der großen Transformation im Sinne Polanyis und der Dominanz des Marktes über die Gesellschaft erläutert Prof. Fischer-Kowalski, dass sie den Begriff nicht in seiner ursprünglichen Bedeutung verwende und bei Polanyi Energie und Ressourcen nicht ausreichend berücksichtigt würden.

Ein Hinweis aus dem Publikum zählt Beispiele von erfolgreicher Entkopplung in einer Vielzahl von Industrien auf. Unternehmen seien gewachsen, bei geringerem Verbrauch durch Effizienz, Konsistenz und Recycling. Ebenfalls wird angemerkt, dass ein Teil des heutigen Wachstums auf Kosten künftiger Generationen erkaufte werde, wenn der Staat nicht nachhaltig finanziert sei. Hierzu wäre eine integrative Perspektive über Politikfelder hinweg notwendig. Prof. von Weizsäcker merkt dazu an, dass eine integrative Betrachtung oft die Fähigkeiten der Menschen überfordert. Eben die Aufteilung des komplexen Systems in unabhängig agierende Elemente hätte den Erfolg des Industriezeitalters ausgemacht. Komplexität sei nur durch Vereinfachung zu beherrschen, entsprechend wäre auch das Problem der Nachhaltigkeit so aufzugliedern, dass es nicht unsere kognitiven Fähigkeiten übersteigt. Die Vorstellung, mit einem platonischen Weltbild herumzulaufen und alles wie ein Philosophenkönig in eine große Wohlfahrtswolke zusammenzufassen, führe in den Stalinismus.

Prof. Fischer-Kowalski weist mit Bezug auf eine Frage aus dem Publikum auf die besondere Situation der Kommunen bzw. Städte hin, die direkt für die Lebensqualität der Bürger verantwortlich seien, dafür aber mit einem Minimum an Ressourcen wirtschaften müssten. Es bestünde hier ein direkter Zusammenhang zwischen dem Umgang mit knappen Finanzen und der Einsparung von Ressourcen. Von den Städten erhoffe sie sich wichtige Impulse bei der weiteren Entwicklung.

## V. Runde von Abgeordneten aus der Enquete-Kommission

Im Anschluss an das Forum I (Nachhaltigkeit und Wachstum – ein Widerspruch?) diskutierten fünf von den Fraktionen benannte parlamentarische Mitglieder die bisherigen Beratungen der Enquete-Kommission. Der Gesprächsrunde gehörten an:

- Abg. Dr. Matthias Heider (CDU/CSU),
- Abg. Edelgard Bulmahn (SPD),
- Abg. Florian Bernschneider (FDP),
- Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) und
- Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Die Gesprächsleitung lag bei der ZEIT-Journalistin Petra Pinzler.

In seinem Eingangsstatement hebt Abg. Dr. Matthias Heider (CDU/CSU) hervor, es sei Aufgabe der Enquete-Kommission, dem nachfolgenden Parlament Empfehlungen an die Hand zu geben, an die es bei seiner Gesetzgebungsarbeit anschließen könne. Die Perspektive sei, eine gute Lebensqualität und Wohlstand zu gewährleisten und dabei weniger Ressourcen zu verbrauchen. Dabei seien Meinungsverschiedenheiten grundlegender Art wie diejenigen in der Projektgruppe 1 über den Wachstumsbegriff normal. Schließlich sollen möglichst geschärfte Arbeitsergebnisse hervorgebracht werden. Allerdings sei eine Vorhersage über den erfolgreichen Abschluss einzelner Diskussionsprozesse vor dem Hintergrund bestehender Meinungsverschiedenheiten unstatthaft und verfrüht. Als den überraschendsten Erkenntnisgewinn bezeichnet Abg. Dr. Heider, dass die Analysen des Club of Rome aus den 1970er Jahren nach heutigem Kenntnisstand derart unzutreffende Vorhersagen enthielten. Auch aktuell wachse die Erkenntnis, dass beispielsweise die Vorräte an Erdöl noch einige Jahrzehnte länger reichten, als noch bis vor Kurzem angenommen. Dies solle nicht vor weiteren Anstrengungen abhalten und es sei insofern auch das Verdienst von Prof. Dennis Meadows, die Enquete-Kommission noch einmal auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen hingewiesen zu haben, der im Übrigen ebenfalls im Grundgesetz in Artikel 20a niedergelegt sei.

Für Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) bildet die Enquete-Arbeit gleichsam den Fokus der zahlreichen Themenfelder, die parlamentarisch aktuell zu behandeln seien. Sie stellt in der Enquete-Kommission ein gemeinsames Grundverständnis darüber fest, dass das BIP alleine kein geeigneter Maßstab sei, um Lebensqualität und die Entwicklung des Wohlstandes zu beschrei-

ben. Ferner bestehe ein gemeinsames Grundverständnis darüber, dass der ressourcenverbrauchende Wachstumspfad nicht fortgesetzt werden könne. Deshalb bestehe die Chance der Enquete-Kommission darin, in einer kleinen Zahl von Bereichen den möglichen Pfad einer Entwicklung zu beschreiben, in denen eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise möglich ist. Die Gefahr bestehe jedoch gleichzeitig darin, dass die Erörterungen der Enquete-Kommission in einer scheinbaren Alternative stecken bleibe. So habe der Disput über die Wachstumsfrage in eine Sackgasse geführt. Wichtig sei es für den Erfolg der Kommission auch, die Phase konkreter Verhaltensempfehlungen zu erreichen.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) pflichtet grundsätzlich bei, dass es fraktionsübergreifend übereinstimmende Themenbereiche gebe. Wachstumsraten, wie gegenwärtig in der Volksrepublik China, seien nicht als erstrebenswertes Ziel anzusehen. Wachstum könne auch keinen Selbstzweck darstellen. Wenn dieses Grundverständnis jedoch ausdifferenziert werde, zeigten sich unterschiedliche politische Vorstellungen. So denke auch er, dass die natürlichen Ressourcen der Erde begrenzt seien. Hieraus abzuleiten, dass damit auch das wirtschaftliche Wachstum a priori begrenzt sei, gehe indes fehl. Es werde dann die Rolle der Innovationskraft, des Fortschrittswillens und der Kreativität des Menschen ausgeblendet. Die insgesamt seit den siebziger Jahren festzustellende Innovationskraft von Unternehmen zeige aber, dass eine Entkopplung möglich sei und eine Reihe aktueller Problemperspektiven durch technischen Fortschritt gelöst würden.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt die Frage der Wohltandsmessung in den Mittelpunkt. Das BIP stelle keinen Maßstab für Wohlstand und schon gar nicht für das Wohlergehen/die Lebensqualität der Bevölkerung dar. Heute werde der Begriff des Wachstums gleichsam als Chiffre für ganz unterschiedliche Zielsetzungen benutzt. Die Forderung nach Wachstum in Griechenland, um auf diese Weise die Schuldenproblematik zu lösen, sei auch eine nach der Schaffung von Arbeitsplätzen für die dortige Bevölkerung. Wenn es gelinge, die Chiffre „Wachstum“ in Frage zu stellen und durch ergänzende Dimensionen aus den Bereichen Ökologie und Soziales zu erweitern, werde das BIP als Maßstab relativiert und eine tiefere Kenntnis über den Zustand der Gesellschaft und möglicherweise auch der globalen Zusammenhänge erreicht. Eine wesentliche Erkenntnis der Projektgruppe 3 sei die Relevanz des sogenannten Reboundeffekts. In eine ähnliche Richtung gingen Systemverschiebungen, die beispielsweise bei dem Ersatz von herkömmlichen Kraftstoffen durch Biokraftstoffe auftreten. Mit dem

Report des Club of Rome seien Prozesse ausgelöst worden, die für die damalige Zeit wegweisend gewesen sind und einen gänzlich neuen Blick auf die globalen Zusammenhänge eröffnet hätten. Zwar sei zu sehr auf die Ressourcenproblematik konzentriert worden und die nach heutiger Kenntnis zumindest ebenso wichtige Frage der Senken wie die Erdatmosphäre oder die Weltmeere ausgeblendet geblieben. Aber erst heute könne man einschätzen, dass die Extraktionsfähigkeit der Erde später erschöpft sein wird, als die Funktionsfähigkeit der Senken. Es sei leichtfertig, darauf zu warten, dass sich Ressourcen erschöpfen. Vorher sei politisches Handeln gefordert.

Auch Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) betont die vielfach unterschätzte Bedeutung des Reboundeffekts. Allerdings hege sie nicht die Hoffnung, dass technische Innovation und die Reaktion auf Preisanhebung zu einer Lösung in der Problematik führen werden. Vielmehr zwingt diese Erkenntnis viel stärker zu staatlich regulierendem Eingreifen in den Markt. Auch wenn es zu begrüßen sei, dass die Senkenproblematik stärker in den Mittelpunkt der allgemeinen Erörterung gestellt werde, dürfe die begrenzte Verfügbarkeit von Ressourcen nicht außen vor bleiben. Zudem seien mit der immer weitergehenden Ausbeutung von Ressourcen zunehmende ökologische und soziale Schäden zu verzeichnen. In der Wohlfahrtsdiskussion müsse der Erörterungskreis um die Fragen der sozialen Nachhaltigkeit erweitert werden. Beide Fragen – die soziale Nachhaltigkeit wie auch die ökologische Nachhaltigkeit – sollten in der Arbeit der Enquete-Kommission eine Rolle spielen und miteinander in Verbindung gebracht werden. Dabei müsse die Frage nach den politischen Instrumenten gestellt werden, die bei niedrigeren Wachstumsraten der Industrieländer weiterhin soziale Teilhabe und Wohlstand gewährleisten.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) erinnert mit Blick auf die Diskussion über die Wohlfahrtsmessung daran, dass es nicht darum gehen könne vorzuschreiben, wie der Einzelne Glück oder Lebensqualität zu empfinden habe. Aufgabe der Politik sei es, ein möglichst breites Messinstrumentarium anzubieten.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) stellt die Teilhabe insbesondere am Arbeitsleben als politische Zielsetzung in den Vordergrund. Damit sei nicht eine Art politische Bevormundung des Einzelnen gemeint, sondern das gesellschaftliche Ziel, dass mehr Menschen auf eine gerechte Art und Weise am Arbeitsleben oder an Bildungsangeboten teilnehmen können.

Abg. Dr. Matthias Heider (CDU/CSU) unterstützt die Äußerung von Abg. Bernschneider. Er stellt die Rolle der Innovationskraft und des technischen Fortschritts erneut in den Vordergrund. Im Vergleich zu den 1980er und 1990er Jahren sei die Steigerung der Ressourceneffizienz in den Unternehmen ein mit bedeutenden Fortschritten versehener Bereich. Diese Impulse sollten weiter verstärkt werden.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont, ein leerer Freiheitsbegriff sei für die erforderliche Diskussion wesentlicher Zukunftsfragen ungeeignet. Es sei wesentlich, den Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich zwischen Alternativen zu entscheiden. Nach dem derzeit herrschenden Primat des materiellen Wohlstands würden Alternativen nicht zugelassen.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wird die Verzahnung mit den Politiken auf europäischer Ebene angeschnitten. Ferner wird die Frage gestellt, was der Einzelne als Christ der Mitgeschöpflichkeit (den Mitmenschen, der Natur) in Bezug auf die Fragestellung der Enquete-Kommission schuldig sei. Welche Verantwortung hat Deutschland als Industrienation in der Welt, um als Vorreiter in bestimmten Fragen voranzugehen? Möglicherweise fehle es nach den bisherigen Erörterungen der Enquete-Kommission an Visionen, wie Deutschland vorangehen könne, um die absehbaren Herausforderungen der zukünftigen auch globalen Entwicklung beispielhaft zu meistern. Ferner wird vorgetragen, dass eine strukturelle Diskriminierung langfristiger Ziele nicht von der Hand zu weisen sei. So existierten verschiedene Vorschläge des WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen). Es sei jetzt die Frage nach institutionellen Maßnahmen zu stellen, um die neue Definition von Wohlstand wirkmächtig und anschlussfähig zu machen.

In den anschließenden Stellungnahmen des Podiums äußern sich:

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) legt dar, dass in der Projektgruppe 3 der Frage nach den globalen Allmenden und einer möglichen Vorreiterrolle einzelner Nationalstaaten oder der europäischen Region nachgegangen werde. Es sei wichtig, dass globale Allmenden global gelöst werden. Gleichzeitig solle die Rolle einzelner Nationalstaaten und der europäischen Region in der eines Drivers bestehen. Außerdem bestehe für Deutschland die besondere Situation, eine Vorbildrolle einnehmen zu können.

Dagegen meldet Abg. Dr. Matthias Heider (CDU/CSU) Zweifel an. Man könne nicht damit rechnen, dass eine länderübergreifende Verpflichtung wirken werde. Es gelte aus seiner Sicht daher zu beschreiben, wie auf der Basis der sozialen Marktwirtschaft der erreichte und der noch zu verbessernde Wohlstand für alle Bevölkerungsschichten eine Lösung gefunden werden könne, die weniger Ressourcen verbraucht, aber Wachstum gewährleistet.

Nach Meinung von Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) befinden sich viele der Mitglieder der Enquete-Kommission bereits in einem internationalen Diskurs. Entscheidend sei bei all diesen Diskussionen, dass von zahlreichen ausländischen Delegationen Deutschland als Modell betrachtet werde. Die Enquete-Kommission habe dann eine Chance, Wirkungsmacht zu entfalten, wenn es ihr gelinge, von der abstrakten Beschreibung der Ressourcenknappheit und der begrenzten Aufnahmefähigkeit der Umwelt hin zu einer konkreten Beschreibung an Beispielen zu kommen wie die Umsetzung vorstellbar sei.

Für Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) hat ein Teil der derzeit zu lösenden ökologischen und sozialen Problemlagen durchaus mit der Frage zu tun, dass Wachstumsorientierung nur aufgrund kurzfristiger Gewinnsteigerungen gedacht werde. Diese Orientierung müsse durch langfristige Ziele überwunden werden. Dies sei assoziiert mit der Frage nach der demokratischen Beteiligung, insbesondere im Hinblick darauf, wie die Bürger insgesamt teilhabeberechtigt gestellt werden könnten, um demokratisch den Weg mitzugestalten. Dies betreffe auch die Einbeziehung der Care-Arbeit und von Gender-Perspektiven.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) spricht sich klar für den gegebenen demokratischen Lösungsansatz aus. Dabei habe auch der Wähler eine langfristige Orientierung und denke nicht ausschließlich im Vier-Jahres-Rhythmus. Auch dürften die Möglichkeiten staatlichen Eingreifens nicht überschätzt werden. Zum einen sei vor den globalen Herausforderungen ein allein nationalstaatliches Vorgehen nicht weiterführend. Es sei sinnvoller, die gegebenen technischen Technologien effizient einzusetzen und dann ggf. auf andere, sich entwickelnde Länder wie beispielsweise China zu übertragen.



## **VI. Forum II**

### **Wohlstandsaspekte jenseits des BIP: Warum Wachstum allein nicht glücklich macht**

#### **a) Martine Durand, Chefstatistikerin der OECD**

Martine Durand erläutert, wie die OECD Wohlstand und Fortschritt messe. Dabei sei das BIP nach wie vor wichtig, um makroökonomische Aktivitäten zu messen. Klar sei jedoch, dass das Wohlergehen der Menschen mit dem BIP nicht gemessen werden könne. So gebe es etwa Länder, die Wirtschaftswachstum hätten, in denen aber gleichzeitig die Ungleichheit zunehme. Anhand der Grafik auf Seite 56 der Präsentation zeigt Frau Durand, dass in Dreiviertel der OECD-Länder von Mitte der 1980er Jahre und bis Ende des Jahres 2000 das Einkommensgefälle - gemessen mit dem Gini-Koeffizienten - zugenommen hat. In diesen Ländern sei bei vielen Menschen der Eindruck entstanden, dass sie nichts vom Wachstum hätten.

Vor 10 Jahren habe die OECD begonnen, Wohlergehen zu messen. Im vergangenen Jahr habe die OECD die „Better Life Initiative“ auf den Weg gebracht. Ziel ist es, ein „Global Positioning System“, also ein GPS, für den gesellschaftlichen Fortschritt zu entwickeln. Es gehe um einen Indikator, führt Frau Durand aus, der nicht nur die Märkte, die Wirtschaft und den Durchschnitt berücksichtige, sondern auch andere Dimensionen des Wohlergehens jetziger und zukünftiger Generationen. Es gehe darum zu messen, was für das konkrete Leben der Menschen am wichtigsten ist.

Die „OECD Better Life Initiative“ bestehe aus zwei Komponenten: Es gebe einen Bericht „How is life?“ und ein interaktives Internet-Tool im Internet. Das Motto laute: Eine bessere Politik für ein besseres Leben. Als Statistikerin sage sie: Eine bessere Messung und bessere Maßnahmen für ein besseres Leben. Es gehe um die Menschen, nicht nur um das BIP. Der OECD seien Resultate wichtig, nicht nur die Inputs (siehe Seite 60 der Präsentation). So seien etwa Ausgaben für Bildung und Gesundheit nur zu einem gewissen Grad aussagekräftig. Man könne viel Geld für diese Bereiche ausgeben, aber dies ineffizient tun. Die OECD sehe sich insbesondere Ungleichgewichte und die Verteilungswirkungen an, etwa im Hinblick auf Männern und Frauen, Kinder und ältere Mitbürger usw. Es gehe um objektive und subjektive Aspekte des Wohlergehens. Dabei würden auch Menschen direkt gefragt: „Was ist für dein Leben wichtig?“ Es gehe um das Wohlergehen hier und

jetzt, um Lebensqualität und materielle Lebensbedingungen. Es gehe aber auch um zukünftiges Wohlergehen, um Nachhaltigkeit.

Die OECD habe einen Rahmen für ihr Indikatorensystem entwickelt, beschreibt Frau Durand, der sich an den Bericht der Stiglitz/Sen/Fitoussi-Kommission von 2009 anlehne (siehe Grafik Seite 62). Lebensqualität bestehe aus verschiedenen Dimensionen: Gesundheit, Work-Life-Balance, Ausbildung und Kompetenzen, Sozialleben, bürgerliches Engagement, Zustand der Umwelt, persönliche Sicherheit und subjektives Wohlergehen. Bei den materiellen Lebensbedingungen berücksichtige die OECD Einkommen und Wohlstand, Lohnniveau und Wohnraum. Es gehe auch um das BIP, aber einige BIP-Komponenten trügen nicht zum Wohlergehen bei. Wer im Stau stehe, verbrauche viel Benzin, was gut für das BIP sei, aber nicht für das Wohlergehen. Andererseits gebe es Dinge, die für das Wohlergehen wichtig, aber nicht im BIP enthalten seien, beispielsweise Kindererziehung oder die Pflege älterer Menschen zu Hause. Im Fokus stehe zudem die Nachhaltigkeit: das natürliche, das ökonomische, das soziale und das Humankapital müssten erhalten bleiben.

Frau Durand zeigt einige Höhepunkte aus der „How is-Life-Messung“ (siehe Seite 63), die aus 22 Leitindikatoren und zahlreichen ergänzenden Indikatoren besteht: Bei den Hauptindikatoren zeige sich, dass kein Land in allen Dimensionen Spitzenreiter ist. Australien und Kanada schneiden bei 12 von 22 Dimensionen besonders gut ab. Deutschland liege im Mittelfeld.

Die OECD beleuchte Stärken und Schwächen der Länder. Wichtig sei, dass die Indikatoren zwischen den Ländern vergleichbar seien. Es seien nur solche ausgewählt worden, die in allen Ländern erhoben würden. Die OECD arbeite mit den nationalen Statistikbehörden zusammen.

Beim Vergleich Deutschland-Frankreich (siehe Seite 64) sehe man, dass die beiden Länder in vielen Bereichen deckungsgleich seien. Deutschland schneide bei der persönlichen Sicherheit und beim Einkommen besser ab, Frankreich bei Gesundheit, Umwelt, Lebensqualität und Work-Life-Balance.

Betrachte man die Ungleichgewichte, so lasse sich erkennen, dass ärmere Menschen oft auch weniger gesund seien (siehe Seite 65). In Deutschland sei das etwa der Fall. Anders in Neuseeland: dort gebe es kaum einen Unterschied zwischen Arm und Reich im Hinblick auf die Gesundheit.

Zum Thema ökologische Nachhaltigkeit präsentierte Frau Durand eine Grafik (siehe Seite 66), die zeigt, dass die Nachfrage-getriebenen CO<sub>2</sub>-Emissionen von 1995 bis 2005 in den OECD-Ländern schneller gestiegen sind als die Produktions-getriebenen.

Frau Durant ruft die Abgeordneten dazu auf, die Menschen direkt zu fragen, was sie zufrieden macht. Sie verweist auf die Initiative der Regierung in Großbritannien, die eine Umfrage habe machen lassen. Auf diese Weise habe die Regierung bestimmt, welche Dinge für das nationale Wohlergehen wichtig sind. Interessanterweise seien die Dimensionen, die die Bevölkerung in Großbritannien genannt habe, deckungsgleich mit jenen, auf die sich die OECD konzentriere.

Die OECD könne jedoch nicht die Menschen in 44 Ländern befragen. Daher habe sie den interaktiven „Your-better-life-Index“ kreiert, bei dem jeder Nutzer auswählen könne, welche Dimension ihm wie wichtig sei. Dabei zeige sich, dass die Nutzer das „Einkommen“ auf Platz 10 bzw. 11 wählten (siehe Seite 67). Am wichtigsten seien Gesundheit, Umwelt, Work-Life-Balance und allgemeine Lebenszufriedenheit. Es gebe fast keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Aber je älter die Menschen seien, desto wichtiger sei ihnen der Aspekt „Gesundheit“.

In ihrem Ausblick erläutert Frau Durand, dass die OECD daran arbeite, bessere statistische Daten zu erhalten, die das Wohlergehen messbar machen. Dabei werde sie mit den nationalen Statistikbehörden und anderen internationalen Organisationen zusammenarbeiten. Habe man erst einmal Indikatoren, dann habe dies großen Einfluss auf das Handeln. Wenn man nichts messe, handle man oft auch nicht richtig. Wichtig sei ein analytischer Rahmen, so dass Politiker bei ihren Entscheidungen multiple Dimensionen einbeziehen könnten.

**b) Prof. Mathias Binswanger, Professor für Volkswirtschaftslehre, Fachhochschule Nordwestschweiz, Olten**

Prof. Mathias Binswanger referierte über die „Tretmühlen des Glücks“:

„Das durchschnittliche Glücksempfinden bzw. die Zufriedenheit der Menschen in entwickelten Ländern nimmt schon lange nicht mehr zu, obwohl die durchschnittlichen Einkommen sich mit dem Wirtschaftswachstum stets weiter erhöhen. Das belegt eine Vielzahl von empirischen

Studien. Aber das ist noch nicht alles. Umfragen zeigen auch, dass sich immer mehr Menschen gestresst fühlen. Daraus lässt sich eine Schlussfolgerung ziehen: Offenbar leben Menschen nicht so, wie es für sie selbst am Besten wäre. Es ginge ihnen insgesamt besser, wenn sie mehr Zeit hätten und dafür auf zusätzliches Einkommen verzichten würden. So zeigt etwa eine Untersuchung, dass Menschen, die Überstunden machen und deshalb mehr verdienen, dadurch nicht glücklicher werden. Trotzdem machen aber viele Menschen freiwillig Überstunden und streben generell nach einem immer noch höheren Einkommen. Die interessante Frage lautet deshalb: Wenn die Menschen ein anderes Verhalten glücklicher machen würde, warum ändern sie es dann nicht?

Der Grund liegt in den sogenannten Tretmühleneffekten, welche ich in meinem Buch *Die Tretmühlen des Glücks* beschrieben habe. Auf einer Tretmühle kann man immer schneller laufen und diese immer schneller bewegen, doch man bleibt immer am selben Ort. Genau gleich verhält es sich mit dem menschlichen Streben, durch mehr Einkommen glücklicher zu werden. Die Menschen werden dadurch zwar immer reicher, aber was ihr Glücksempfinden betrifft, treten sie auf der Stelle. Die Hoffnung auf mehr Glück wird ständig enttäuscht, dennoch wird an diesem Glauben festgehalten.

Im Wesentlichen lassen sich vier solcher Tretmühlen unterscheiden. Als erstes haben wir die sogenannte Statustretmühle. Auf der ganzen Welt empfinden die Menschen Befriedigung darin, mehr zu verdienen oder zu besitzen als ihre Kollegen, Nachbarn, Freunde oder Familienmitglieder, denn das bringt sozialen Status. Allerdings gibt es da folgendes Problem: Nicht alle können mehr als der Durchschnitt verdienen. Deshalb wird das Streben nach mehr Einkommen von allen für die Wirtschaft als Ganzes zu einem Nullsummenspiel. Auch wenn das allgemeine Einkommensniveau in einem Land absolut ständig ansteigt, bleibt doch eine Mehrheit der Bevölkerung unter dem Durchschnittseinkommen und blickt neidvoll auf die oberen Zehntausend.

Die starke Bedeutung des relativen Einkommens für das Glück und die Zufriedenheit der Menschen ist somit eine erste Erklärung für die zu beobachtende Stagnation des subjektiven Wohlbefindens in entwickelten Ländern. Solange ein Land arm ist, zählen erst einmal die absoluten Bedürfnisse wie Essen und ein Dach über dem Kopf. Doch kaum sind die Grundbedürfnisse abgedeckt, gewinnen soziales Prestige und Status immer

mehr an Bedeutung. Die Menschen fangen an, sich mit Menschen in ihrer Umgebung zu vergleichen, und verhindern damit einen weiteren Anstieg ihres eigenen Glücksempfindens.

Ein weiterer Treitmühleneffekt kommt dadurch zustande, dass die Menschen sich relativ rasch an ein höheres Einkommensniveau gewöhnen und dieses nach kurzer Zeit als selbstverständlich betrachten. Und was selbstverständlich ist, macht nicht mehr glücklich. Dies ist die sogenannte Anspruchstretmühle ein aus der Psychologie importierter Begriff. So weiss man etwa, dass ein Lottogewinn den Empfänger für kurze Zeit sehr glücklich macht, aber bald danach pendelt sich das Glücksempfinden wieder auf seinem Normalzustand und der Lottogewinner ist so glücklich oder unglücklich wie vor dem Gewinn. Dieses Beispiel ist typisch für die Freude an materiellen Dingen, die meist nur von kurzer Dauer ist. Egal ob ein neues Auto, ein neues Haus oder ein neues Mobiltelefon. Die anfängliche Freude verpufft nach kurzer Dauer und der höhere materielle Wohlstand wird im Allgemeinen erst dann wieder geschätzt, wenn er vom Verschwinden bedroht ist.

Auch die Entwicklung zur Multioptionsgesellschaft führt zu einem Treitmühleneffekt, der sich als Multioptionstretmühle beschreiben lässt. Mit dem Wirtschaftswachstum ist eine immer grössere Vielfalt an Gütern und Dienstleistungen verbunden. Gleichzeitig sind religiöse Tabus weggefallen, welche dem menschlichen Handeln früher moralische Grenzen setzten. Die Optionen für Arbeit, Freizeit und Konsum nehmen ständig zu, "anything goes". Aber der Entscheid für die richtige Option wird dadurch immer schwieriger, da die stets steigende Zahl an Optionen auf ein konstantes Zeitbudget trifft. Die Auswahl wird so von einem Dürfen zu einem Müssen und damit zu einer Tyrannei. Schließlich gibt es auch noch eine Zeitspartretmühle, die uns ebenfalls zu schaffen macht. Technischer Fortschritt führt dazu, dass wir bestimmte Aktivitäten immer schneller und in kürzerer Zeit durchführen können. Trotzdem gelingt es uns im Allgemeinen nicht, tatsächlich Zeit zu sparen, denn es kommt zu einem sogenannten „Rebound Effekt“. Je schneller eine Aktivität durchgeführt werden kann, umso mehr und umso häufiger wird sie durchgeführt. Das beste Beispiel dafür ist der Verkehr. Je schneller die Transportmittel werden, umso weiter und häufiger fahren wir. Die für Transport aufgewendete Zeit bleibt immer ungefähr konstant, ganz egal mit welchen Transportmitteln wir uns fortbewegen.

Die Tretmühlen führen dazu, dass sich Menschen in Bezug auf ihr Glück häufig nicht optimal verhalten und zu stark ans Geldverdienen denken. Doch

ein Mensch, der nur ans Geldverdienen denkt, handelt in Wirklichkeit unökonomisch. Er verhält sich ineffizient, in dem Sinn, dass er seine ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht optimal für sein Glück nutzt. Bei der Frage nach dem Glück des Einzelnen trifft sich somit die ökonomische Betrachtungsweise mit der Psychologie und der Philosophie. Es geht um eine Rückbesinnung auf den eigentlichen Zweck des Wirtschaftens, der nicht in der Einkommensmaximierung, sondern in einem guten Leben liegt. Eine ausschliesslich auf Wirtschaftswachstum ausgerichtete Politik ist aus diesem Grund ökonomisch ebenfalls verfehlt, denn das macht nur solange Sinn, wie die Menschen dadurch auch glücklicher oder zufriedener werden.“

### c) Diskussion

In der anschließenden Diskussion, in die auch das Publikum einbezogen wird, erläutert Prof. Binswanger, dass die „Tretmühlen des Glücks“ befördert würden durch den Wunsch nach Wachstum. Beispiel Automarkt: Gehe es lediglich um die Erfüllung der Grundbedürfnisse der Menschen, etwa bei der Mobilität, dann wäre der Automarkt in Deutschland seiner Meinung nach „gesättigt“. Schließlich hätten fast alle Deutschen ein Auto und das müsste nur regelmäßig ersetzt werden. Dann aber sei der Automarkt kein Wachstumsmarkt. Da aber das Auto ein Statussymbol sei und die relativen Bedürfnisse betont würden, erreiche man, dass viele Menschen häufig ein besseres und anderes Auto anstrebten. Der Automarkt sei damit nicht gesättigt. Status und hohes Einkommen seien die gesellschaftlichen Werte, die etwas zählten.

Auf die zugespitzte Frage der Moderatorin, ob ein guter Politiker dann nicht gleich die Autowerbung verbieten müssen, wenn sowohl die OECD als auch Prof. Binswanger festgestellt hätten, dass die Menschen glücklicher wären, wenn sie mehr Zeit und dafür weniger Einkommen hätten, legt Prof. Binswanger dar: Ein solches Verbot hätte Rückwirkungen auf die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie. Er rate, die Debatte über das Wachstum nicht „schwarz-weiß“ zu führen, es ginge also nicht um „kein Wachstum“ oder „maximales Wachstum“. Man solle verstärkt überlegen, wie eine Volkswirtschaft *sinnvoll* wachse. Die Politik müsse „weg vom BIP“ kommen, „dem es egal ist, wie man wächst“. Klar sei aber auch, dass eine Gesellschaft ein gewisses Wachstum brauche. Er habe den Eindruck, Wachstum sei nach wie vor das einzige Ziel der Wirtschaftspolitik heute. Man sei davon noch nicht weggekommen trotz jahrelanger Diskussion.

Martine Durand hält es für entscheidend, die Menschen selbst zu fragen, welche Aspekte des Lebens ihnen am wichtigsten seien. Dann kämen Antworten wie Gesundheit, Bildungsniveau, Sicherheit, eine saubere Umwelt, dass man sich nachts auf der Straße sicher fühle etc. Politiker könnten dann an den entsprechenden Stellschrauben drehen. Es sei zudem die Aufgabe der Politiker, Vor- und Nachteile bestimmter Entwicklungen explizit zu machen. Wenn eine Wirtschaft wachse, habe dies Nachteile an anderer Stelle. Wenn man an bestimmten Stellschrauben drehe, ergäben sich wiederum Nachteile in anderen Bereichen. Dies könne man in Parteiprogrammen aufzeigen. Bei diesem mehrdimensionalen Ansatz könnte man sehen, ob Entscheidungen Auswirkungen auf Dinge hätten, die Menschen wichtig seien. Dann fielen Entscheidungen vielleicht anders aus. Ihre Erfahrung sei, dass bestimmte Indikatoren derzeit nicht sehr beliebt seien, etwa die Ergebnisse der OECD-Pisa-Studie. Es existierten jedoch Zyklen: In den 1970er Jahren habe es eine Bewegung hin zu sozialen Indikatoren gegeben. Einige Indikatoren seien jedoch schwer zu messen, teilweise ständen die Daten nicht zeitnah zur Verfügung. Die neuen BIP-Zahlen habe man jedoch in jedem Quartal. Sie habe den Eindruck, dass sich die Werte veränderten und dass ein globales GPS-System notwendig sein, eine Art Anzeigentafel, die die Politik zwingt, sich auch mit anderen Dingen als dem BIP zu befassen.

Frau Durand berichtet, dass es auch in China einen neuen Index gebe und Indien und Brasilien ebenfalls daran arbeite. Die Schwellenländer wollten nicht dieselben Fehler machen wie die Industrieländer sie gemacht hätten. In China habe man beispielsweise festgestellt, dass für das Wachsen Migration vom Binnenland an die Küsten notwendig sei, was sich jedoch gleichzeitig schlecht auf die Familienstrukturen auf dem Land auswirke. Jetzt überlege China, wie weiteres Wachstum nicht nur in bestimmten Regionen, sondern auch auf dem Land möglich werden könne, damit Familien nicht auseinandergerissen würden.

Auf die Bemerkung aus dem Publikum, dass die Nachfrage nach Autos nicht nur zu mehr Beschäftigung und Gewinnen führe, sondern auch dazu, dass Autos sicherer würden und es weniger Verkehrstote gebe, erwidert Prof. Binswanger: Autos würden zum großen Teil aus Statusgründen gekauft. Ginge es nur um Sicherheitsaspekte, hätte der Automarkt nicht ein derart hohes Wachstum. Die Wirtschaft wachse heute auf eine Art, die den Menschen nicht guttue. Oft bringe diese Entwicklung dem Einzelnen keinen Gewinn oder sei sogar negativ. Es sei jedoch für die Menschen schwierig, sich aus dem Prozess „herauszuziehen“. Wer etwa am Ufer des Zürichsees wohne

zwischen vielen prächtigen Häusern und Autos, der habe es schwierig, bescheiden zu leben. Mit einem Augenzwinkern fügte er hinzu: Es sei wichtig, „den richtigen Teich zu wählen“.

Frau Durant betont am Ende der Diskussionsrunde, dass es der OECD nicht darum gehe, das Glück zu messen. Es gehe darum herauszufinden, welche Dimensionen, welche Aspekte für das Wohlergehen der Menschen wichtig seien. Eine Dimension sei etwa das subjektive Wohlergehen, zusätzlich gebe es noch viele objektive Indikatoren. Diese habe man in Großbritannien über Umfragen ermittelt. Interessant sei beispielsweise gewesen, dass rund 30 Prozent der Befragten gesagt hätten, dass das persönliche Einkommen wichtig sei, aber 68 Prozent angegeben hätten, dass ihnen die Verteilung des Einkommens wichtiger sei. In jedem Land gebe es ein Steuersystem, mit dem die Politik auf solche Antworten reagieren könnte.

## **VII. Achim Steiner, Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (im Wortlaut)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich stehe jetzt vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits ist es ein Nachmittag, und für manche schon ein ganzer Tag, von sehr intensivem Zuhören, vielen Gedanken und Ideen. Ich selber verdaue noch diese hervorragenden Gespräche, die Sie heute hier im Rahmen dieser Enquete-Kommission organisiert haben und freue mich schon einmal, Teil dieses Gesprächs zu sein und auch einen Nachmittag zuhören zu können. Denn gerade auch diese verschiedenen Blickwinkel unserer letzten beiden Redner sind Bestandteile eines immer wichtigeren Diskurses in unserer Gesellschaft, wo eigentlich Entwicklung in Zukunft hinführt. Einen Auftrag den ich heute Nachmittag habe, ist, diese Perspektive nicht nur aus dem Blickwinkel einer deutschen Diskussion heraus zu kommentieren, sondern vielleicht auch ein wenig diese Diskussion in ein Verhältnis zu setzen, nämlich das Verhältnis von 7 Mrd. Menschen, die das, was in Deutschland geschieht einerseits betrachten, aber natürlich auch ihre eigenen Gedanken zu dieser Frage und dem Thema ‚Wachstum‘ entwickeln. Manche von Ihnen haben vielleicht den indischen Umweltminister gehört, der sagte: „Diese ganze Diskussion zu einer ökologischeren, nachhaltigeren oder Green Economy-Zukunft wird in Europa und in den Industrieländern unter dem



Primat ‚Lifestyle Choices‘ geführt. In unseren Ländern führen wir sie immer noch unter dem Primat von ‚Livelihood Choices‘.“ Das heißt, die Grundlage für überhaupt ein Einkommen, einen Arbeitsplatz, für das Überleben, von Nahrungsmittelsicherheit ist auch ein Einstiegspunkt in diese Diskussion zum Übergang in eine nachhaltigere Entwicklung. Wir haben gerade Martine Durand sprechen gehört. In der OECD ist eine sehr wichtige Studienarbeit unter dem Begriff Green Growth geleistet worden. 1992 haben wir in Rio eine ganze Agenda mit der Überschrift „Nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Vor einigen Monaten haben wir im Umweltprogramm der Vereinten Nationen den Endbericht zu einem 3-Jahresprozess veröffentlicht, der sich den Titel ‚Towards a Green Economy‘ - also die Übergänge hin zu einer ökologischeren wirtschaftlichen Zukunft - gewählt hat. Was sich in dieser Vielfalt von Ansätzen, Terminologien und Begriffen widerspiegelt ist nicht unbedingt etwas Widersprüchliches, aber es sind sehr unterschiedliche Punkte, an denen man die Diskussion beginnt. Man kann sie beginnen – und manchen mag dies überraschen, wie man es so oft in Asien tut - unter dem Gedanken, was eigentlich eine glückliche Gesellschaft ist. Eine harmonische Gesellschaft. In China ist der Begriff ‚harmonious society‘ zu einem Leitgedanken geworden wie man die Widersprüchlichkeit angeht - einige Phänomene, Martine, haben Sie auch gerade beschrieben. Wie man diese Kontraste zwischen einer dynamische Entwicklung in Gebieten wie Schanghai oder anderen Teilen, die natürlich mehr im Osten des Landes an der Küste liegen, in ein Verhältnis zu der absoluten Armut setzt, wo Menschen mit Eimern zum Teil Boden auf die Felder tragen, um dort noch ihre Lebensmittel auch zu diesem Zeitpunkt überhaupt pflanzen zu können. Das sind die enormen Herausforderungen, die ein Land wie China heute versucht anzugehen, und gleichzeitig versucht es mit diesen Widersprüchen, die letztlich sich nicht über Nacht auflösen lassen, umzugehen.

Ich werde heute Nachmittag den Begriffsrahmen ‚Green Economy‘ öfters benutzen, weil wir aus der Perspektive von UNEP versucht haben, nachhaltige Entwicklung nicht mit einem neuen Konzept zu ersetzen, sondern uns letztlich mit der Bilanz seit 1992 - oder manche würden sogar sagen 1972, die Stockholmer Konferenz, die erste wirkliche internationale Konferenz, die sich mit dieser Frage „Umwelt/Menschheit“ befasst hat - zu befassen. Denn es mangelt uns nicht an Konzepten. Auch heute Nachmittag haben wir sehr profunde Analysen gehört. Aber die Bilanz seit 1992, seit diesem Erdgipfel in Rio, ist in vielerlei Hinsicht durchwachsen, ernüchternd und unbefriedigend. Und das ist noch, würde ich sagen, eine höfliche

Umschreibung dieser Bilanz. Wir stehen heute - und es sitzen sicherlich in diesem Saal eine ganze Reihe von Experten, die dieses aufgrund ihrer Arbeit und ihrer Studien noch viel besser belegen können - an einem Punkt, wo die Menschheit an sich schon einen Schritt weiter ist, als die eigene Wahrnehmung dessen, was um sie herum geschieht. Dieses Zeitalter des Anthropozän - wo der Mensch zum ersten Mal wirklich nicht mehr Teil der Nahrungsmittelkette im biologischen Sinne ist, sondern zu einem nicht nur gestaltenden, sondern zu einem absolut definierenden Akteur auf diesem Planeten geworden ist, mit sieben Mrd. Menschen und mit all den Dingen, die wir heute mit der Zivilisation oder der Volkswirtschaft, der Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts verbinden - ist ein Phänomen, das zwar in wissenschaftlicher Hinsicht bereits in vielerlei Dimensionen noch nicht ganz erfasst, aber sicherlich umschrieben worden ist. Die Klimadiskussion ist ein hervorragendes Beispiel dafür. Wir haben es in 20 Jahren geschafft, wirklich die Menschheit dafür zu interessieren, was es eigentlich bedeutet, wenn man weiterhin CO<sub>2</sub> in der Menge und Form emittiert, wie es nicht nur historisch bereits geschehen ist, sondern sich vor allem auch aufgrund eines Business as usual-Szenarios in die Zukunft eindeutig berechnen lässt.

Nun mögen viele sagen, Klimapolitik ist gescheitert. Die Wissenschaft habe es nicht geschafft, die Weltöffentlichkeit zu erreichen. Ich würde Ihnen sagen, das absolute Gegenteil ist der Fall. Noch nie haben wir in der Geschichte der Menschheit so klar verstanden, was es eigentlich bedeutet, grundlegende Elemente unseres planetarischen Systems so zu beeinträchtigen, dass ihre Funktionalität in Zukunft nicht mehr gewährleistet werden kann. Dass wir es in einem Zeitraum von 20 Jahren nicht schaffen, 190 oder mehr Volkswirtschaften, Gesellschaften und Interessen an einen Tisch zu bekommen, um die größte Transformation im energiepolitischen Kontext herbeizuführen, ist nicht ein Grund aufzugeben, sondern eher ein Grund sich besorgt damit zu befassen, was es eigentlich ist, das uns davor zurückhält, diese Übergänge in ein anderes Zeitalter von Mobilität, von Energiesicherheit, von Nahrungsmittelsicherheit herbeizuführen, die eindeutig die Zukunft bestimmen werden. Ich fand es sehr interessant auch Ihnen als Parlamentarier heute zuzuhören, dass Sie in einer solchen Enquete-Kommission - ungeachtet der vielleicht unterschiedlichen parteipolitischen Hintergründe - bei der Erfassung der Herausforderung im Grunde nicht den großen Unterschied sehen, sondern eher in den Lösungsansätzen und vielleicht auch in den Erklärungen, warum wir es nicht geschafft haben, schneller diese Transformationen, diese Veränderungen herbeizuführen.

Die Diskussionen, die wir im Augenblick nicht nur in Deutschland sondern auch in vielen Industrieländern führen, hat sehr viel mit diesem Diskurs über Wachstum zu tun. Wie bereits Martine sagte, ist es nicht so sehr der Wirtschaftswissenschaftler, der hier der Schuldige ist, sondern es ist die wirtschaftspolitische Konsequenz, die aus einem imperfekten analytischen Instrument, nämlich der Volkswirtschaftslehre und auch der Betriebswirtschaftslehre in mancher Hinsicht, politische Konsequenzen zieht oder nicht zieht. Diese Diskussion haben wir auch im Rahmen der Arbeit von UNEP in den letzten Jahren sehr stark aufgegriffen, nämlich diesen Wachstumsbegriff. Ist eigentlich Wachstum das Problem? Wir haben ein Problem mit dem Indikator ‚Bruttoinlandsprodukt‘, der fast zu einem religiösen Prinzip geworden ist, um sich morgens vor den Spiegel zu stellen und zu sagen: Bin ich eigentlich noch der Schönste im Lande, weil unsere Volkswirtschaft nämlich mit 4 Prozent wächst und die von unseren Nachbarn nur mit 2 Prozent? Oder was tun wir, wenn die Chinesen oder die Inder oder auch die Mosambikaner zum Teil 8, 9, 10, 11 Prozent Wirtschaftswachstum haben und wir uns irgendwo zwischen 0, 2 oder 3 Prozent bewegen. In unserer Analyse ist der Wachstumsbegriff nicht unbedingt im Sinne der Volkswirtschaftslehre das Problem, sondern es ist die Art und Weise, wie er im politischen und wirtschaftspolitischen Umfeld angewandt wird. Ein kleines Beispiel: Wir haben heute eine Fixierung auf die Kosten. Zum Beispiel ist die beste Auswahl, die wir im Sinne einer Energietechnologie treffen können, die, die es uns ermöglicht, den niedrigsten Preis pro Kilowattstunde zu erreichen. Für den Großteil der letzten 100, 150 Jahre war dies das Prinzip. Nicht nur das. Wir haben sogar die belohnt, die mehr Strom verbraucht haben. Im Sinne des Mengenrabatts: Je mehr Verbrauch, umso günstiger der Tarif – Bitte, nehmt mehr! Bis wir an einen Punkt gekommen sind, wo andere Kriterien auf einmal viel maßgeblicher geworden sind. Klimawandel zum einen. Zum anderen stellt sich auch die Frage - was wir z.B. in unserem Green Economy-Bericht sehr stark aufgegriffen haben - nach anderen Kriterien, die Wachstum mit prägen können z.B. Arbeitsplatzbeschaffung. Dieser Begriff ist heute relativ wenig gefallen, weil Deutschland sich im Augenblick nicht unbedingt mit der Arbeitslosigkeit als dem größten Problem befasst. Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, weltweit betrachtet ist Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit eines der größten Risiken für unseren sozialen Frieden auf diesem Planeten heute. Wir verbringen einen Großteil dieser wirtschaftspolitischen Diskussion in unserer Gesellschaft mit der Frage, wie wir die Produktivität von Arbeit in der Form erhöhen können, dass wir weniger Leute brauchen,

die Arbeitsplätze haben. Nimmt man z.B. das Szenario, dass wir in dem Green Economy-Bericht vorgelegt haben, nach dem wir bis zum Jahre 2030 ungefähr ein Drittel der Weltstromversorgung mit erneuerbaren Energien bereitstellen, dann lässt sich daran auch erkennen, dass wir wahrscheinlich ein Drittel mehr Arbeitsplätze pro Kilowattstunde damit in den Volkswirtschaften dieser Welt schaffen.

Was zählt nun? Billigster Preis pro Kilowattstunde oder bester Nutzen der Energieversorgung auch als ein volkswirtschaftliches Instrument. Es ist nur ein kleines Beispiel und ich habe heute nicht die Zeit weiter darauf einzugehen. Wir haben in unserem Bericht nicht nur diesen analytischen Ansatz dargestellt, sondern wir haben auch versucht, aus allen Teilen der Welt in diesem Bericht Beispiele zu geben, wie man diese Art von win-win propositions, wie die Engländer es so schön nennen, das heißt eine Entscheidung, die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Charakter hat, nicht nur durch ein sehr enges und sehr grobes Instrument bestimmen zu können. Wir alle wissen, dass das Bruttoinlandsprodukt im Grunde ein bisschen ein Unfall der Geschichte ist, aber durch viele Gründe einfach zu einem absoluten Diktat für den öffentlichen wirtschaftspolitischen Diskurs geworden ist.

Ich möchte noch einmal auf diese Diskussion kommen, dass Wachstum vor allem aus der ökologischen Perspektive von Vielen als ein im Grunde zu bekämpfendes Phänomen betrachtet wird. Hier habe ich mich in den letzten Monaten schon öfters in einer Diskussion wiedergefunden, wo ich einer sehr starken Kritik ausgesetzt bin, denn es gibt viele Umweltaktivisten, die unseren Bericht hinterfragen, weil wir in erster Linie nicht bei dem Wachstumsbegriff ansetzen, sondern bei dem, was eine Volkswirtschaft ihren Menschen, ihrer Gesellschaft bereitstellt. Ich möchte Ihnen nur ein Beispiel geben: Wer heute behauptet, dass wir kein Wachstum mehr brauchen, muss als ersten Schritt definieren, was damit gemeint ist. Wenn Sie einen Kontinent wie Afrika nehmen, wo drei Viertel der Bevölkerung dieses Kontinents heute noch keinen Zugang zu einer modernen Stromversorgung hat, dann kann man nicht argumentieren, dass wir nicht mehr Energie in Zukunft produzieren müssen. Wir haben im Augenblick 800 Mio. Menschen auf dem afrikanischen Kontinent. Wir werden in den nächsten 40 Jahren diese Bevölkerung verdoppeln. Das Phänomen China mit 1, 1,4 Mrd. Menschen, ist nicht ein Phänomen, das in Zukunft nur in Asien in den Vordergrund tritt, sondern wir haben einen Kontinent Afrika vor der

europäischen Tür, der in den nächsten 20 bis 30 Jahren historische Investitionsentscheidungen treffen wird, wie er sich mit Energie versorgt.

Wir haben ein weiteres Problem. Wir stehen kurz davor eine Welt mit 10 Mrd. zu sein. In weniger als 40 Jahren – 9 bis 10 Mrd. Menschen! Für mich ist eine der größten Herausforderungen, die wir heute haben, wie wir eigentlich diese Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgen werden. Lassen Sie mich gleich anführen, ich bin nicht einer, der dieser These hinterherläuft, es gehe nur ums mehr produzieren. Denn viele von Ihnen wissen bereits, dass wir heute ungefähr 30 bis 40 Prozent all dessen, was wir produzieren, gar nicht konsumieren, sondern einfach verlieren oder zerstören oder wegwerfen. Es ist nicht nur ein Produktionsproblem, es ist auch ein Verteilungsproblem, es ist ein Effizienzproblem, es ist ein Preisproblem. Aber 10 Mrd. Menschen wollen nicht nur eine Grundnahrungsmittelversorgung haben, sondern sie werden auch im Sinne ihres Lifestyles - Wohlstand, Lebensqualität - eben mehr Fleisch essen oder auch andere exotische Früchte einkaufen - eine absehbare Herausforderung. Sie ist im Grunde größer als die Herausforderung, die wir im Energiesektor haben. Denn im Energiesektor wissen wir heute, dass wir im Grunde in einer Übergangsphase sind, wo wir mit Technologie und wirtschaftspolitischen Instrumenten letztlich eine Energiequelle anzapfen können, die von der Geothermie über die Solarenergie und Windkraft es uns letztlich ermöglicht, auch für 20 Mrd. Menschen genug Strom zu erzeugen. Darin liegt nicht die größte Herausforderung. Unsere Herausforderung ist hier eine kurzfristigere des Übergangs. Aber bei der Nahrungsmittelversorgung kommen wir bereits an sehr absolute Grenzen. Wir haben heute bereits ein Viertel der gesamten Erdoberfläche in einer Art und Weise bewirtschaftet, die mehr einer Bergwerksoperation gleichkommt, indem wir Ressourcen abgebaut haben.

Die Landwirtschaft ist ein gutes Beispiel für meinen nächsten Punkt: In der Art und Weise, wie wir heute volkswirtschaftliche Thesen in einen wirtschaftspolitischen Kontext verwandeln, zwingen wir sehr oft Menschen dazu, irrational zu handeln. Wie kommt es, dass ein Mensch, der sich heute ein Fahrzeug kaufen oder eine andere Energiequelle anzapfen will, erst einmal mehr bezahlen muss als derjenige, der einfach das weiter macht, was er bereits immer gemacht hat. Ganz einfaches Signal. Als Konsument wird man nicht dafür belohnt, dass man der Gesellschaft durch seinen Konsum niedrigere Kosten verursacht, sondern das Gegenteil ist oft der Fall. Sie mögen hier sitzen und sagen, das wissen wir schon seit langem und wir haben schon vieles getan, um das zu ändern. Schauen Sie sich in der

Europäischen Union heute die Agrarpolitik, die Fiskalpolitik, die Subventionspolitik, die Fischereipolitik, die Mobilitätspolitik an. In jedem Land gibt es interessante Ansätze, neue Politiken. Aber letztlich ist ein europäischer Verbraucher auch heute immer noch letztlich der Dummere, wenn er das macht, was für die Gesellschaft das Richtige ist. Das heißt nicht, dass wir viele Menschen haben, die selbst bereit sind, mehr dafür zu zahlen, dass sie das Richtige tun. Aber Viele haben nicht unbedingt diesen Luxus. Denn was wir auch vorhin gehört haben: Wir sind nicht nur eine Gesellschaft der Reichen. Wir sind zwar eine reiche Gesellschaft, aber wie schafft man es, den Massenkonsum in unseren Ländern dahingehend zu gestalten, dass Menschen einen Anreiz haben, rationeller zu handeln. Das gleiche trifft auf einen Bauern, auf einen Landwirt zu. Unsere Landwirte sind über Jahre hinweg aufgrund einer Preis- und Marktpolitik auf den globalen Märkten dazu gezwungen worden, letztlich nicht im Sinne einer nachhaltigen Produktion das Land, auf dem sie ihre Landwirtschaft betreiben, produktiv zu erhalten, sondern sich immer wieder am Existenzminimum bewegen zu müssen, um überleben zu können. Ermöglichen wir damit der Landwirtschaft Nachhaltigkeit sozusagen als Handlungsprinzip in ihrem betriebswirtschaftlichen Sinne auch umzusetzen? Nein, wir tun es in den seltensten Fällen. Wir haben drei Viertel unseres europäischen Gemeinschaftsbudgets dafür verwandt, mit Pflastern und Korrektiven, die sehr oft mehr von politischen Gedanken geleitet waren als von rationaler volkswirtschaftlicher Politik, Subventionspolitik zu betreiben. Das bringt mich zu meinem nächsten Punkt.

Subventionspolitik ist sehr oft eben nicht Subventionspolitik im Sinne einer gesellschaftlichen und volkswirtschaftlich langfristigen Perspektive, sondern es ist Klientelpolitik. Wie kann man es erklären, dass wir im Jahr 2011 in der Weltwirtschaft über 600 Mrd. US-Dollar für fossile Brennstoffsubventionen ausgegeben haben, wenn wir genau wissen, dass jedes zusätzliche Gramm von CO<sub>2</sub>-Emissionen, das wir heute emittieren, uns größte Probleme in der Zukunft schafft. 600 Mrd. US-Dollar, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die gesamte Erneuerbare-Energieindustrie bekommt gerade einmal 70 Mrd. an Subventionen. Allein hier lässt sich schon erkennen, wo die Verhältnismäßigkeit in der Umsetzung von nachhaltiger, ordnungspolitischer, volkswirtschaftlicher Politik stattfindet.

Wir haben uns in dem Green Economy Report auch sehr genau mit der Frage ‚Fischerei‘ befasst. Wir haben heute einen geschätzten Subventionsaufwand von 27 Mrd. Dollar, um vor allem einige tausend Fischkutter mit immer

größeren Netzen und immer billigerem Diesel zu versorgen, damit sie noch weiter hinausfahren und noch tiefer fischen können bis die letzten Fischbestände der Weltmeere erschöpft sind. Und das vor dem Hintergrund, dass zwei Drittel der Fischbestände weltweit heute schon das Maximum ihrer Produktivität erreicht haben und viele überfischt sind und sich in einem Stadium des Kollapses befinden. Man muss sich einmal vorstellen, dass wir es in weniger als 50 oder 100 Jahren geschafft haben, diesen Planeten an einen Punkt zu bringen, wo die Produktion der Weltmeere nicht mehr nachhaltig gesichert werden kann. Aus diesen 27 Mrd. Dollar Subventionen sind höchstens 7 Milliarden im Sinne einer nachhaltigen, volkswirtschaftlichen Politik vertretbar. Drei Viertel sind im Grunde nichts anderes, als Fehlverhalten in der Volkswirtschaft mit einem ordnungspolitischen oder einem fiskalpolitischen Instrument am Leben zu erhalten. Wir haben in diesem Bericht wiederum eine Rechnung vorgelegt, wie man diese Subvention anders einsetzen könnte. Erst einmal, ja, wir würden Arbeitsplätze verlieren. Aber letztlich könnten wir in den Weltmeeren mehr Fisch produzieren, wenn wir sie vernünftiger managen würden. Der Übergang ist weniger als 15 bis 20 Jahre. Aber ich kann Ihnen im Augenblick sagen, wenn es so weitergeht wie jetzt, dann ändert sich überhaupt nichts. Im Gegenteil, wir werden bald von 90 Prozent sprechen, wenn wir über den Zusammenbruch von Fischbeständen diskutieren.

Ordnungspolitik - hier komme ich auf einen zweiten und letzten wichtigen Punkt in meiner Präsentation heute: die Rolle von ordnungspolitischen Ansätzen. Dieser Begriff ist ein wunderbarer Begriff in der deutschen Sprache und ich kenne bis heute keinen Begriff, der im englischen dem ganz gerecht wird. Oft ist es andersherum. Wir haben uns in den letzten 30 bis 40 Jahren immer wieder zwischen diesem Pendulum ‚Der Staat wird es schon richten‘ - ob das nun im Kontext von Entwicklungsländern und Entwicklungswegen war oder auch im Sinne von Sozialpolitik und anderen ordnungspolitischen Ansätzen, die vor allem in den 70er und 80er Jahren zur Diskussion standen - dann ging das Pendulum in ein anderes Extrem ‚Je weniger Staat, je mehr Markt, umso besser‘ - im internationalen Kontext wurde dies damals mit dem Washingtoner Konsens in Zusammenhang gebracht. Ich glaube, was wir heute als Diskussionsrahmen haben, ist vielleicht ein viel intelligenterer. Erst einmal die Einsicht, dass weder Staat noch Markt als Monopol hier die Lösung sind. Nun mag das in einem deutschen politischen Kontext vielleicht gar nicht sehr erstaunen, denn gerade das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft ist letztlich genau dieses, nämlich gesellschaftliche Interes-

sen im Sinne eines ordnungspolitischen Rahmens in der Form zu formulieren, dass die Wirtschaft dementsprechend auch funktioniert, funktioniert im Sinne der Bereitstellung von Dienstleistungen, der Schaffung von Arbeitsplätzen usw. Aber im globalen Kontext haben wir in den letzten 10 bis 15 Jahren eine Ära durchlaufen, die letztlich den Staat überall zurückgedrängt hat, die das Primat des Wettbewerbs in einer liberalisierten Weltwirtschaft zu dem einzigen Kriterium gemacht hat, wie Struktur-reformen in vielen Ländern umgesetzt wurden, die die Öffnung der Märkte als einzig bedeutsamen politischen Ansatz für Entwicklung, auch gerade in den Entwicklungsländern, aufkrotyiert hat.

Wir sind heute an einem anderen Zeitpunkt und die Konferenz in Rio, die dieses Jahr im Juni stattfindet, wird eine ganz andere sein als der Erdgipfel von 1992. Ich versuche immer wieder in meinen Gesprächen, den Politikern und auch den Verhandlungsführern, den Delegationen dieser Länder naheulegen, Rio 2012 als einen Weltwirtschaftsgipfel zu definieren. Und zwar ein Weltwirtschaftsgipfel nicht im Sinne der G20, wo die zwanzig Größten versuchen, ein Krisenmanagement herbeizuführen, ohne dass ein Großteil der Länder dieser Erde überhaupt am Tisch sitzen und letztlich auch nur Krisenmanagement im Augenblick leisten können. Es ist ein Weltwirtschaftsgipfel, in dem wir begreifen, dass die Krisen, die wir bewältigen müssen, viel tiefer gehen und letztlich über das, was wir heute als Eurokrise, Staatsverschuldung und Finanzkrise beschreiben, viel tiefer reichen und schon seit viel längeren Zeiträumen im Entstehen sind. Ich würde heute behaupten, das mag manchen erstaunen, dass das, was wir heute als Eurokrise begreifen in der Tat nur die Spitze des Eisberges ist. Unter diesem Eisberg einer finanz- und fiskalpolitischen Krise entwickeln sich im Augenblick Phänomene der Nahrungsmittelsicherheit, Energieversorgung, des Zusammenbruchs von ökologischen Systemen, die für viele noch immer in diesem Bereich der Zukunftsperspektive stehen. Aber ich versichere Ihnen, in den nächsten 20 bis 30 Jahren werden wir eine Verknüpfung von Entwicklungen auf diesem Planeten erleben, die denjenigen, die heute sagen: „Der Club of Rome hat das gesagt und Dennis Meadows hat dies behauptet und dann war da Brundtland - das ist doch alles nicht geschehen.“ erstaunen, denn fast alles, was ein Dennis Meadows damals beschrieben hat, und fast alles, was schon ein Brundtland-Bericht vorhergesagt hat, befindet sich bereits im Geschehen. Es hat vielleicht auf einer Zeitlinie die Zeitpunkte nicht ganz erfüllt. Aber ich versichere Ihnen, wir leben heute in einer Welt, in der wir für Öl einen Barreelpreis von 120 und mehr Dollar haben. Ich staune



immer wieder, dass Deutschland sich z.B. zu einer Diskussion verführen und irreführen lässt, in der diese 10,00 Euro - ich bin mir nicht sicher, ob das eigentlich die richtige Zahl ist -, die es jeden Haushalt pro Monat kostet, dass wir ein Energieeinspeisungsgesetz haben, von einigen Teilen der Wirtschaft und auch der Politik als eine enorme Fehlinvestition dargestellt wird. Ich fordere diejenigen auf, die diese Rechnung anführen, einmal kurz der deutschen Öffentlichkeit vorzuführen, was es eigentlich den deutschen Verbraucher gekostet hätte, wenn er die 20 Prozent - das ist ein Fünftel der deutschen Stromversorgung, die heute über Erneuerbare bereitgestellt werden - in dem Maße zahlen müsste, wo der Ölpreis damals war, als diese Entscheidung getroffen wurde und wo er heute ist. Ich versichere Ihnen, pro Kopf, pro Haushalt wären die Kosten um ein Vielfaches höher.

Aber wo führt diese Diskussion hin? Wir können uns mit Statistiken gegenseitig das Leben schwermachen. Ich bin heute auch hier, weil ich vor allem an Sie als Parlamentarier und an die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit appellieren möchte, den Weg, den Deutschland im Augenblick geht, nicht nur als wettbewerbsfähiges Modell zu vertreten und zu verfolgen, sondern sich auch in eine globale Diskussion einzuschalten. Denn wie auch schon angesprochen wurde: Was im Augenblick in Deutschland versucht wird, hat die Aufmerksamkeit der Welt. Vor allem der energiepolitische Weg, den Deutschland heute geht, ist nicht nur etwas, das in Europa diskutiert wird, sondern in allen Teilen der Welt. Aber gleichzeitig möchte ich Sie auch daran erinnern, dass Deutschlands Pioniergeist und Innovation und Mut in diesem Bereich nicht dazu verführen soll, dass man glaubt, man ist immer an der Spitze.

Während der Wirtschaftskrise waren es nicht unbedingt die europäischen Länder, die die konsequentesten ökologischen Konjunkturprogramme in der Welt umgesetzt haben. Es sind auch heute oftmals die Länder in Asien, die aufgrund ihrer kulturellen, geschichtlichen und auch Lebenserfahrung eine Diskussion unter dem Thema „Gross National Happiness/harmonious society“ führen. Ob das nun Thailand oder Vietnam oder China ist, viele beurteilen viel zu schnell eine andere Art, diese Diskussion zu führen. Aber letztlich wird auch Deutschland, so genial die Energiepolitik hier umgesetzt werden kann, sich nicht davon befreien können, dass wir letztlich eine Volkswirtschaft sind, die sich in einem welt- und geopolitischen Kontext in der Zukunft weiterentwickeln wird. So schwieriger es ist, sich heute vorstellen zu können, dass wir wieder an einen Punkt kommen, wo sich Regierungs- und Staatschefs gemeinsam auf eine Plattform stellen und sagen,

wir haben unsere Unterschiede, wir haben auch unterschiedliche Interessen. Aber wir haben eine gemeinsame Vision, wie wir diese epochalen Herausforderungen, denen wir uns inzwischen gegenübergestellt sehen, in der Zukunft bewältigen können. Dieser Gipfel in Rio dieses Jahr, der Nachfolgegipfel, wird nicht der große Durchbruch sein. Die Frage ist, wo wenden wir uns eigentlich hin, wenn wir in den kommenden Jahren nicht wie Buchhalter des Niedergangs im Ökologischen oder auch im Sinne der sozialen Gerechtigkeit nur dokumentieren, was in der Welt schiefeht. Wir sind voneinander abhängig und das ist das erste Prinzip, das wir in Rio nicht nur in einem rhetorischen Sinne angehen müssen, sondern auch in einem praktischen Sinne. Deswegen ist das Thema Green Economy, das im Zentrum dieses Gipfels in diesem Jahr im Juni in Brasilien steht, genau die Brücke, die wir brauchen, um diese Übergänge zu schaffen. Es ist ein Weltwirtschaftsgipfel. Aber eben ein anderer, in dem Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zu einem zentralen Bestandteil werden, globale Wirtschafts-, Entwicklungs- und Kooperationspolitik zu artikulieren.

Und letztlich ist auch die Reform eines Systems der Vereinten Nationen nicht ein lästiger Nachgedanke. Denn ich möchte Sie noch einmal als Mitarbeiter der Vereinten Nationen darum bitten, die Probleme, die wir heute in der Welt haben und auch die Problematik eines UN-Systems, das letztlich durch politische Konflikte, politische Vernachlässigung weit von dem ist, wo die Gründungsländer es sich damals vorgestellt haben, uns nicht dazu verführen sollte zu sagen, das lohnt sich nicht mehr. Vereinte Nationen, Multilateralismus - wir bleiben immer wieder stecken, ob das jetzt die Welthandelsverhandlungen oder Weltklimaverhandlungen sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer Welt, in der eine Dürreperiode in einem Teil der Welt 20 Mio. Menschen über Nacht um ihren Grundnahrungsmittelzugang beraubt, indem Preise über Nacht um 40 bis 50 Prozent steigen, weil auf den Börsen dieses Phänomen „Naturkatastrophe“ sofort in Preiskonsequenz umgesetzt wird, ist das nur eine Dimension davon. Der arabische Frühling ist ein anderes Beispiel dafür. Aber was wir heute an ökonomischen Krisen bewältigen wollen, lässt sich nicht mehr nur im Euroraum oder nur in den Industrieländern oder in den OECD-Mitgliedsländern bewältigen. Drei Viertel der Weltbevölkerung leben eben nicht mehr in den OECD-Ländern. Auch die volkswirtschaftliche Umschichtung, die in unserer Weltwirtschaft stattgefunden hat, verdeutlicht, dass wir in der Zukunft einander viel mehr brauchen, um mit diesen Übergängen, diesen Transformationsprozessen wie

Sie sie auch heute benannt haben, überhaupt fertig werden zu können und sie zu bewältigen.

Ich hoffe, dass ein Teil dieser Agenda auch die Reform des Umweltprogramms der Vereinten Nationen sein wird. Denn das ist ein weiteres Thema, das in Rio ein zentrales Thema geworden ist. Umweltpolitik im 21. Jahrhundert ist nicht mehr nur, Umweltschäden zu minimieren oder damit im Sinne einer Volkswirtschaft aufzuräumen, die über viel zu lange Zeiträume einfach Natur nicht als Wert begriffen oder auch die ökosystemischen Dienstleistungen nicht wahrgenommen hat. Umweltpolitik im 21. Jahrhundert ist mit einem Fundament für das gemeinsame Überleben auf diesem Planeten. Wir müssen Normen und Standards vereinbaren, die es uns ermöglichen, gemeinsam zu handeln.

In einem Gespräch vorhin kam das Thema dieser ökologischen Last, des Darlehns auf, das wir als letzte und gegenwärtige Generation bereits von der Zukunft aufgenommen haben. Wenn Sie sich einen Moment lang überlegen, warum wir eigentlich so miteinander ringen z.B. Klimapolitik global zu verabschieden. Das hat weniger mit Technologie und immer weniger auch mit Finanzierungen zu tun, sondern mit einer ökologischen Last, die uns heute davor zurückhält, in Teilen der Welt einem Klima-Deal zuzustimmen, der letztlich die letzten 100 Jahre einer Klimabilanz im Sinne der Klimabelastung aus den Industrieländern einfach ausradieren will. Das ist das Grundproblem. Wir haben heute schon eine ökologische Schuld als Industrieländer, die wir zahlenmäßig und wissenschaftlich und ökonomisch empirisch Ihnen vorrechnen können. Das ist der Grund, warum sich China, Indien, Brasilien und andere sagen: Wenn man diese Zahlen nimmt und der Norden, der sogenannte Industrieblock der Länder, nicht bereit ist, diese ökologische Schuld mit in die Rechnung einer Klima- und Energiepolitik einzubringen, worin liegt dann die Verhandlungsgrundlage, sich darauf zu einigen? Das ist weder eine Begründung noch eine Entschuldigung für irgendein Land, das sich im Augenblick nicht dazu bereiterklärt, positiv und mit Beispiel voranzugehen. Im Gegenteil. Aber ich bedauere manchmal, wie wir es in der Klimadiskussion viel einfacher finden, ein Land per Fingerzeig zu beschuldigen, gleichzeitig kein Wort darüber verlieren, dass ein Industrieland gerade aus dem Kyoto-Protokoll ausgestiegen ist, um Milliarden Dollar an Strafzöllen zu sparen, ohne dass irgendein Industrieland überhaupt den Finger gehoben hätte. Das sind die Skandale der modernen internationalen volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Politik, die ihre Hintergründe und Ursprünge auch in einem Umweltphänomen haben,

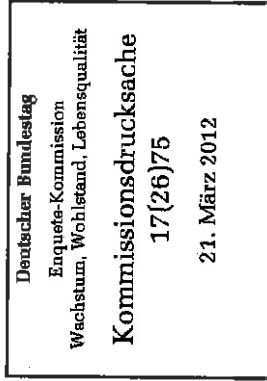
nämlich dem Klimawandel. Diese Zusammenhänge können wir nur unter dem Überbegriff der nachhaltigen Entwicklung angehen. Denn es geht nicht nur um Umweltpolitik, es geht nicht nur um soziale Gerechtigkeit, es geht nicht nur um wirtschaftliches Wachstum. Es geht darum, einige der Fragen, die Sie angesprochen haben, Herr Binswanger und auch Martine, in einer Art und Weise zu beantworten, die es akzeptiert, dass wir sehr wohl mit 9 Mrd. Menschen auf diesem Planeten miteinander leben und überleben und miteinander wirtschaften können. Aber nicht mit dem Modell, das uns den Wohlstand, den wir heute als Grundlage begreifen, erbracht hat. Das ist die Aufgabe, die Sie in der Enquete-Kommission angegangen sind, mit der wir uns im Umweltprogramm der Vereinten Nationen einhundertprozentig solidarisieren und letztlich auch als einen Beitrag dazu begreifen, diese Diskussionen weiter zu gestalten. Vielen Dank.

**Schluss der Sitzung: 17:30 Uhr**

Hof/Haa/Wei/Up



Daniela Kolbe, MdB  
**Vorsitzende**

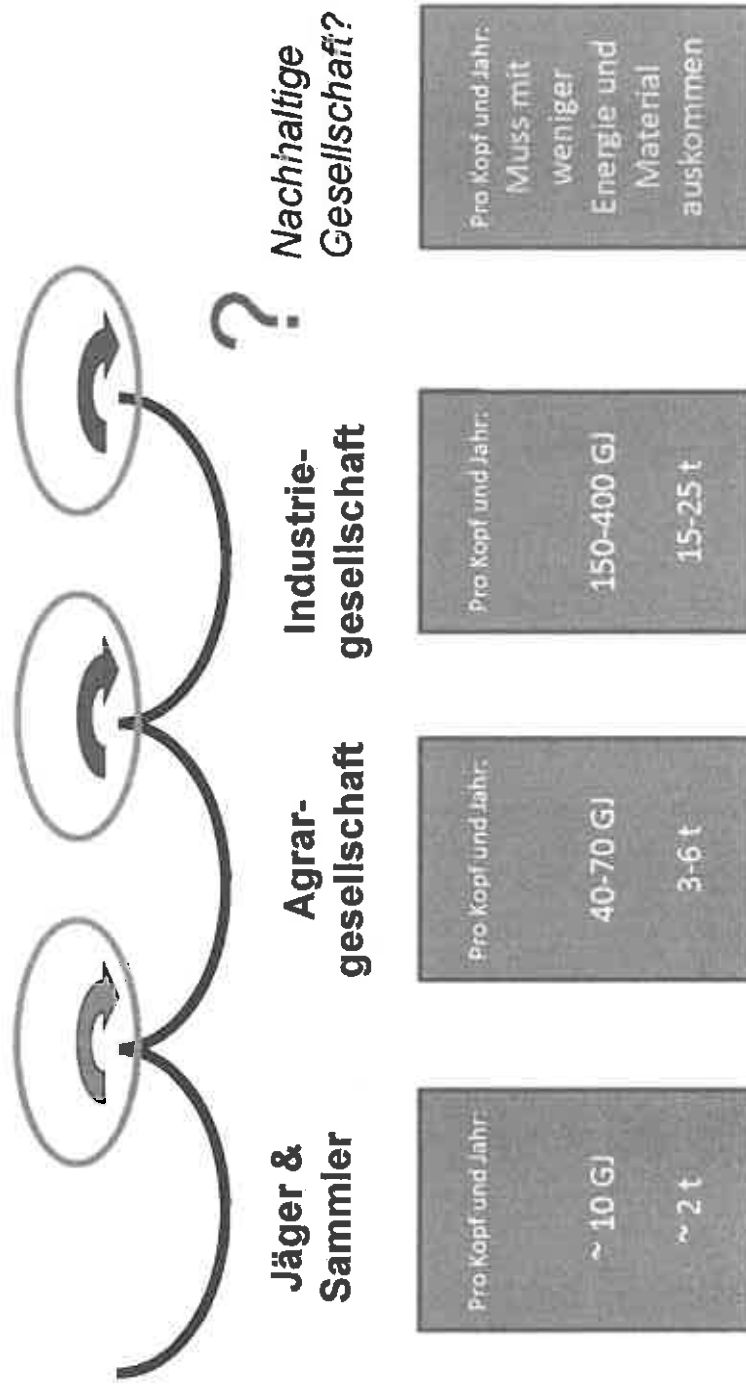


# Nachhaltigkeit und Wachstum – ein Widerspruch?

*Präsentation zum Symposium der Enquete-Kommission  
Wachstum, Berlin 21.3.2012*

*Marina Fischer-Kowalski  
Institut für Soziale Ökologie Wien*

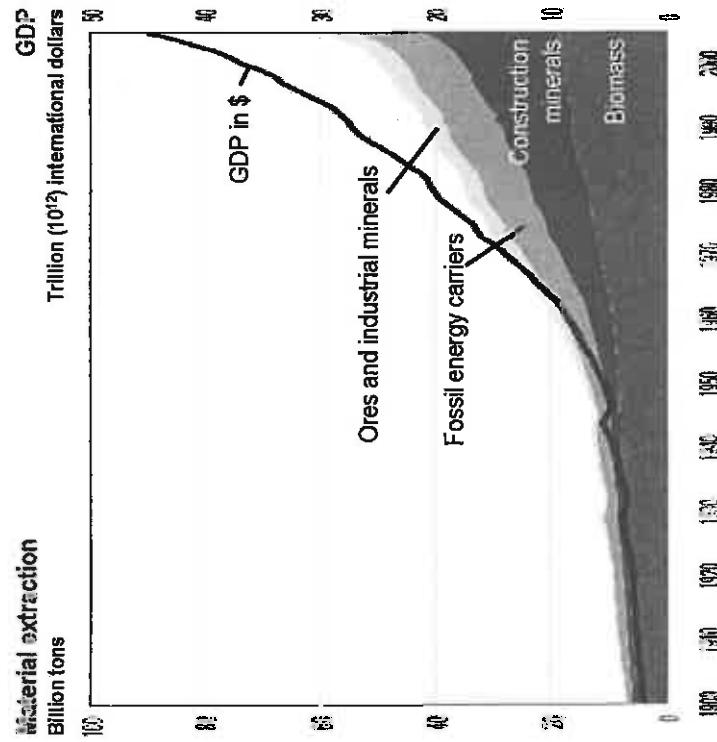
## Ressourcenverbrauch pro Kopf hängt vom sozial-metabolischen Regime ab



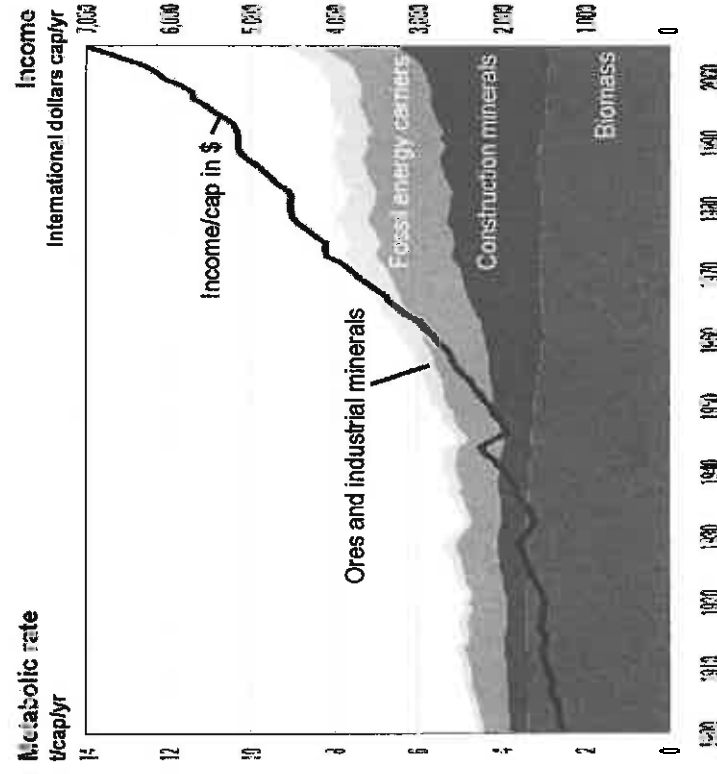
Source: Siefert et al. 2006, Schandl et al. 2008

# Im letzten Jahrhundert: globale jährliche Ressourcennentnahme mal sieben, pro Kopf gut verdoppelt

**Global material extraction  
1900-2005**



**Global metabolic rates  
1900-2005**



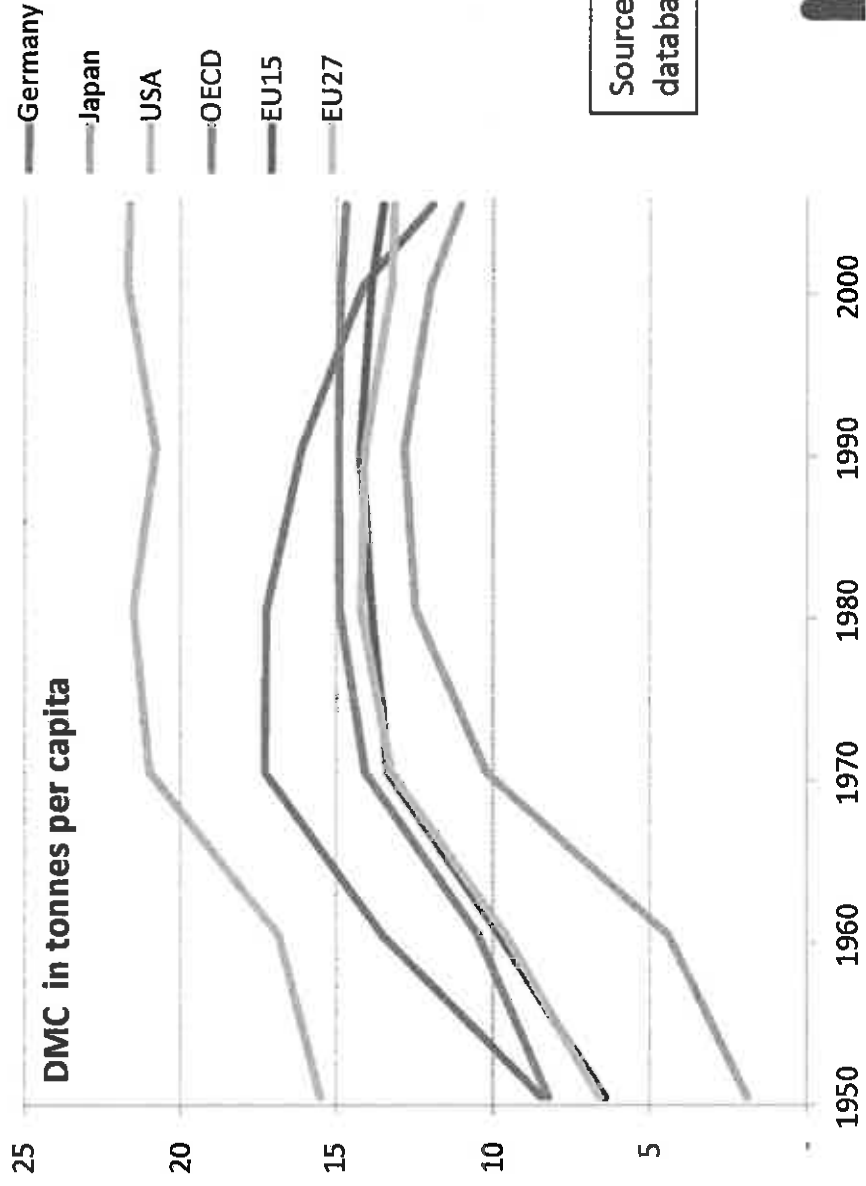
Source: UNEP International Resource Panel, Decoupling Report 2011

## **Eine große sozial-metabolische Transformation ist derzeit in der Tat im Gange ...**

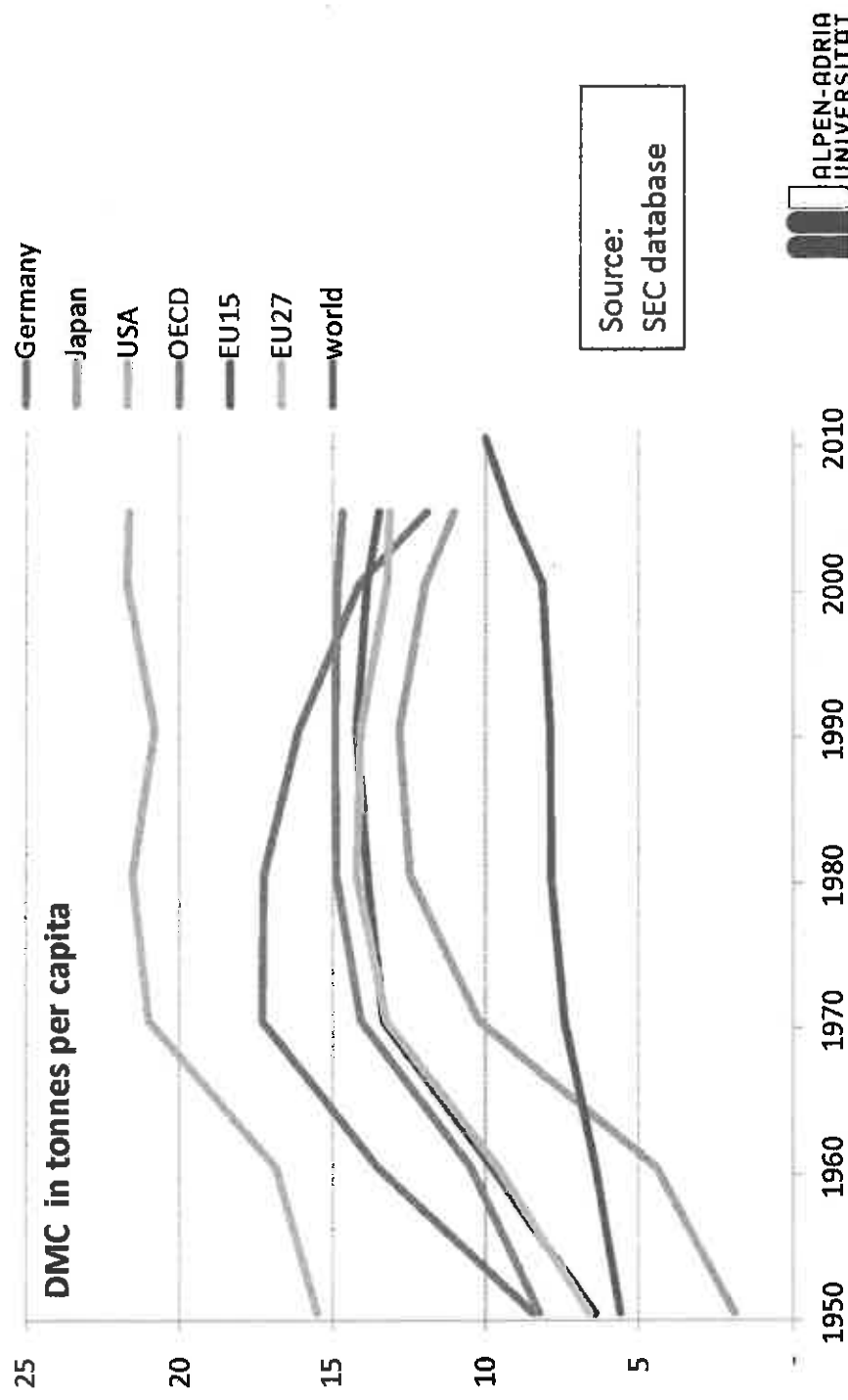
- In den reifen Industrieländern gibt es seit den frühen 1970er Jahren eine Sättigungstendenz auf hohem materiellen und energetischen Niveau, bei weiterem wirtschaftlichem Wachstum: „Entkoppelung“.



# Reife Industrieländer: seit den 1970er Jahren Stagnation des Ressourcenverbrauchs trotz wirtschaftlichen Wachstums



## Reife Industrieländer: seit den 1970er Jahren Stagnation des Ressourcenverbrauchs trotz wirtschaftlichen Wachstums

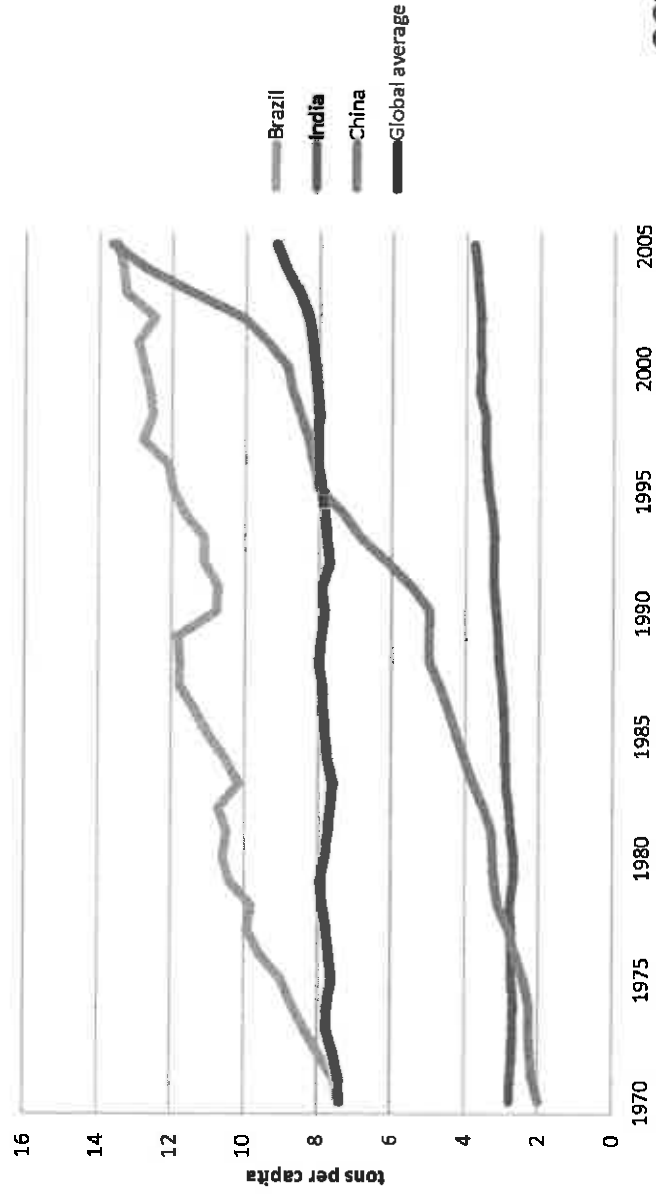


## **Eine große sozial-metabolische Transformation ist derzeit im Gange ...**

- In den reifen Industrieländern gibt es seit den frühen 1970er Jahren eine Sättigungstendenz auf hohem materiellen und energetischen Niveau, bei weiterem wirtschaftlichem Wachstum: „Entkoppelung“.
- Gleichzeitig findet in vielen Schwellenländern die „alte“ Große Transformation in Richtung Fossilernergie-basierter Industrialisierung statt. Diese Länder umfassen ein Vielfaches der EU-Bevölkerung. Sie streben dem von den Industrieländern vorgelebten und propagierten Wohlfahrtsmodell nach.

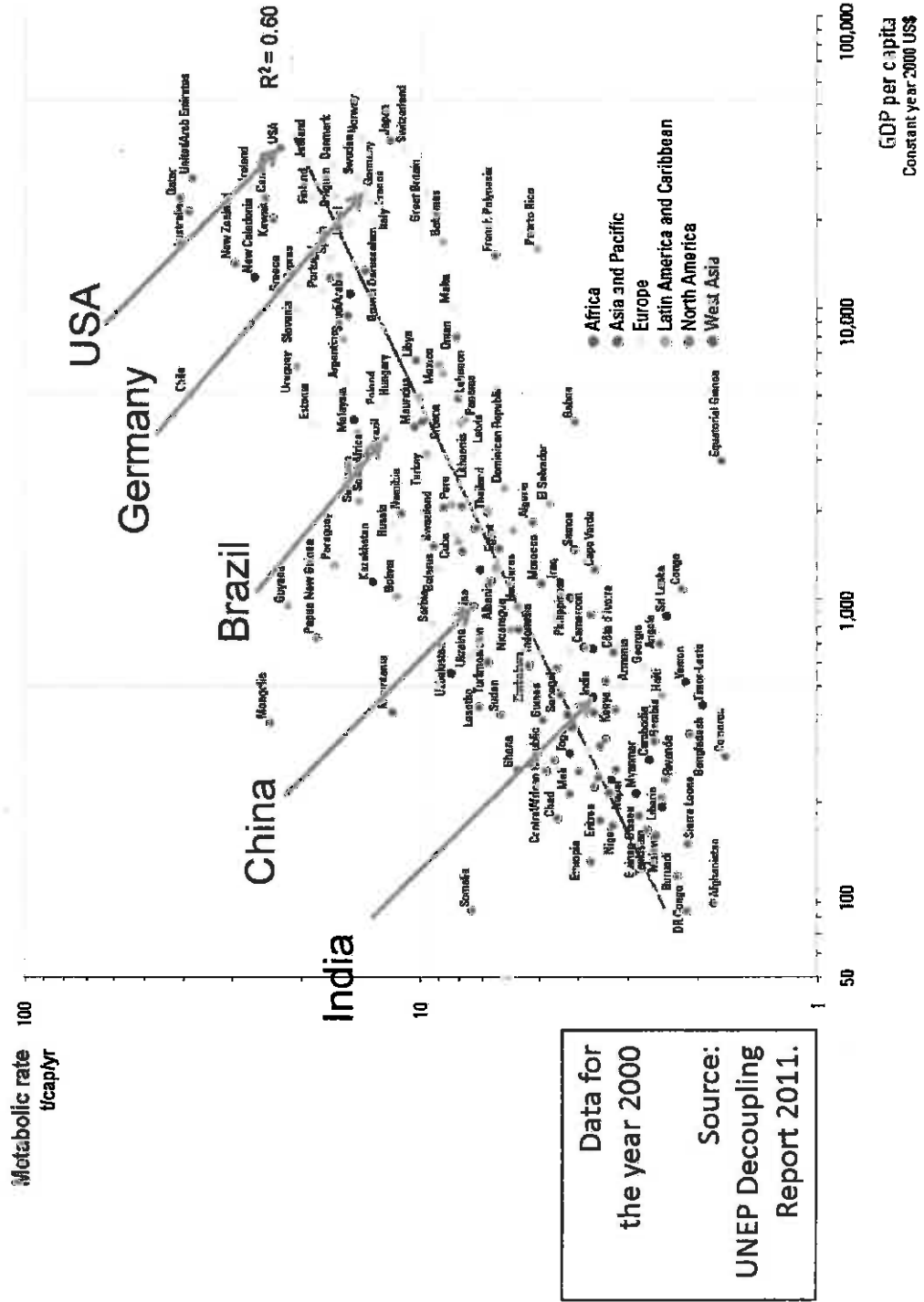
# Ebenfalls seit den 1970er Jahren: Ressourcenverbrauch großer Schwellenländer wächst rasant

Metabolic rates of "growing giants" 1970-2005  
(DMC/cap\*y)



Sources: UNEP Asia & Pacific 2011, SEC database

# Sozial-metabolische Raten: Eine log-log-lineare Funktion der pro-Kopf-Einkommen



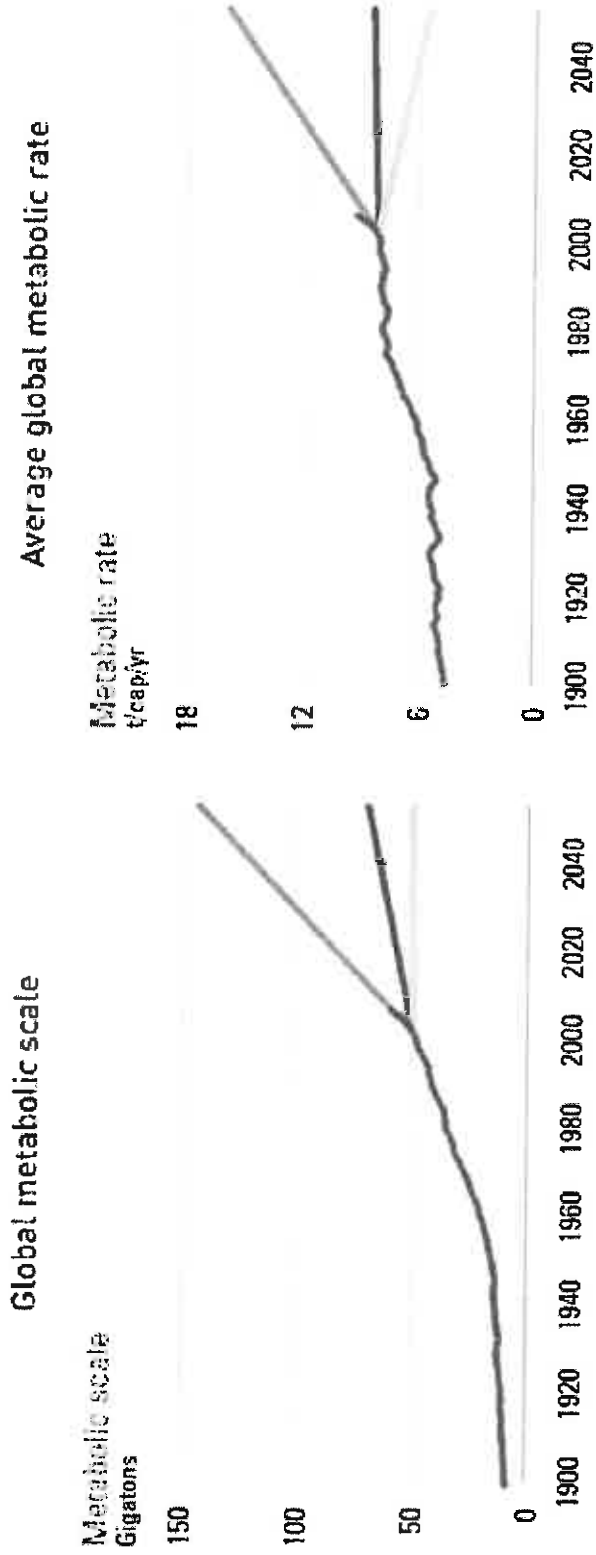
## **Eine große sozial-metabolische Transformation ist derzeit im Gange ...**

- In den reifen Industrieländern gibt es seit den frühen 1970er Jahren eine Sättigungstendenz auf hohem materiellen und energetischen Niveau, bei weiterem wirtschaftlichem Wachstum: „Entkoppelung“.
- Gleichzeitig findet in vielen Schwellenländern die „alte“ Große Transformation in Richtung Fossilenergie-basierter Industrialisierung statt. Diese Länder umfassen ein Vielfaches der EU-Bevölkerung. Sie streben dem von den Industrieländern vorgelebten und propagierten Wohlfahrtsmodell nach.
- **Gemeinsam erzeugen diese Dynamiken einen globalen Trend an Energie & Ressourcenverbrauch (und CO<sub>2</sub> Emissionen), der nicht nur nicht nachhaltig ist, sondern auch nicht dauerhaft durchzuhalten.**

# Trend-Szenario: weitere Verdreifachung der jährlichen globalen Ressourcenentnahme bis 2050

**Alternative: Ressourcenverbrauch der Industrieländer sinkt (50%), Rest der Welt kann auf dieses Niveau aufholen**

- Development 1900–2005
- Freeze and catching up
- Factor 2 and catching up
- Freeze global material consumption



Source: UNEP International Resource Panel, Decoupling Report 2011

## **Trendwende: Einsicht in die Notwendigkeit**

- Es gibt für Industrieländer gute wirtschaftliche Gründe, den bisherigen Pfad rechtzeitig zu verlassen: Die Zeiten unbegrenzter, verlässlich verfügbarer und immer billiger werdender Ressourcen sind vorbei.
- Es ist zunehmend wirtschaftlich klug, auf Ressourcenersparnis und höhere Ressourcenproduktivität zu setzen – sei es sogar um den Preis von mehr Arbeit.
- Wird dies durch politische Erklärungen und Maßnahmen abgesichert und verstärkt, kann das Umschwenken verstetigt und glaubhaft gemacht werden – und zu einem neuen Modell auch für die Entwicklung von Schwellenländern.

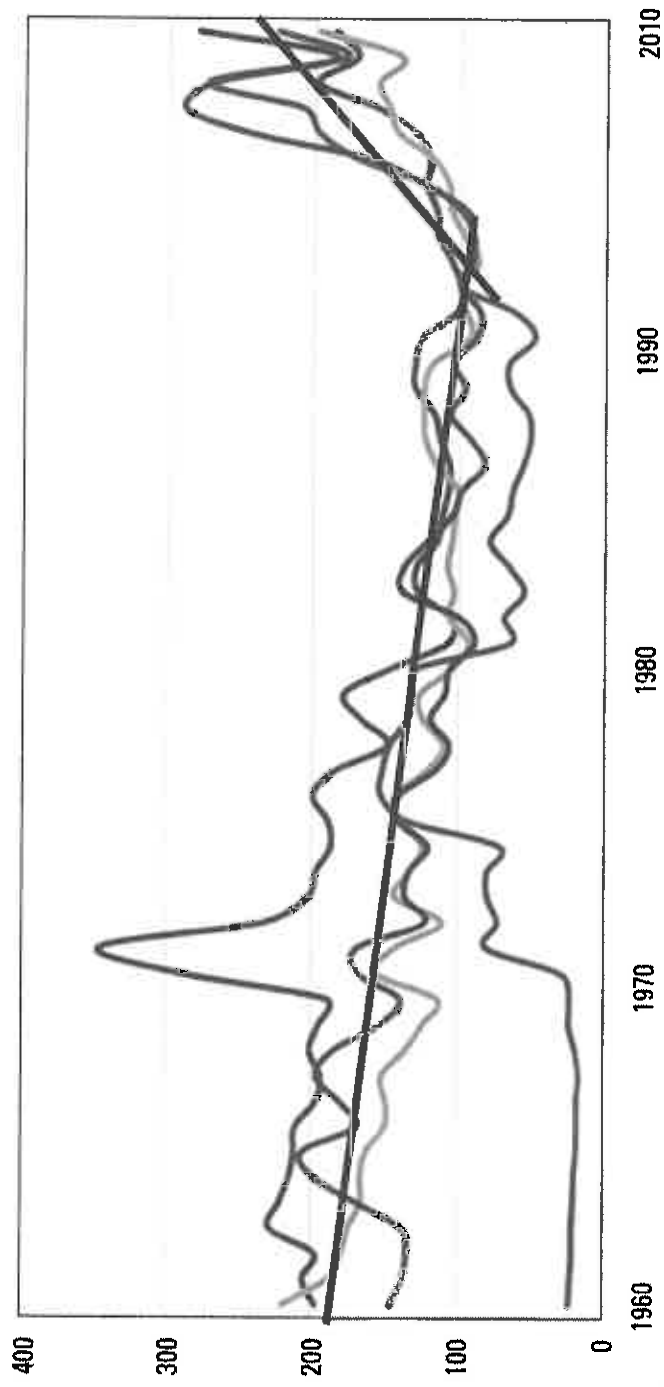


## Trendwende in den Ressourcenpreisen

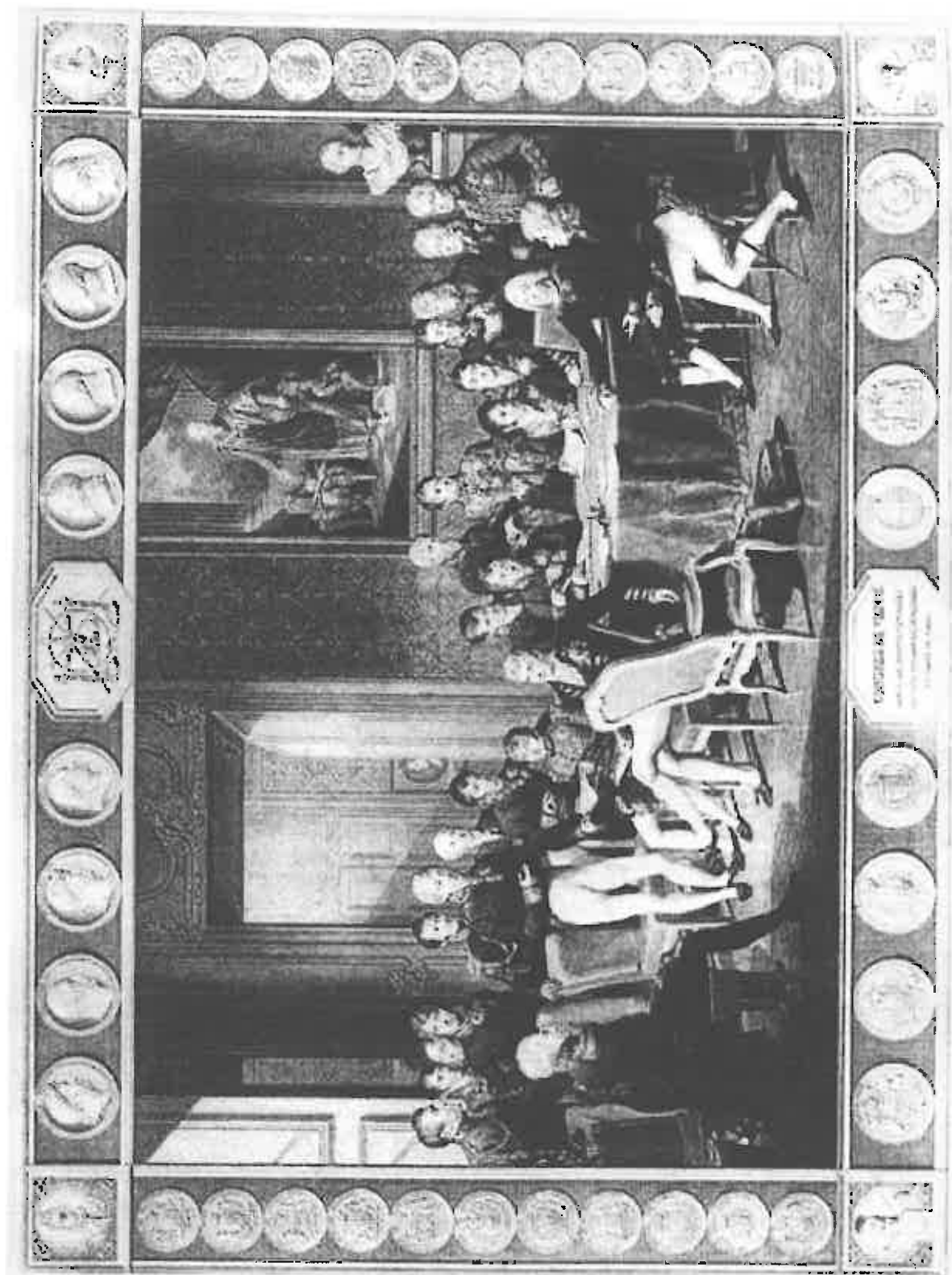
### Commodity price indices

Price index  
(real year 2000 US\$)  
2000=100

- Food
- Raw materials
- Energy
- Metals and minerals (including iron ore)



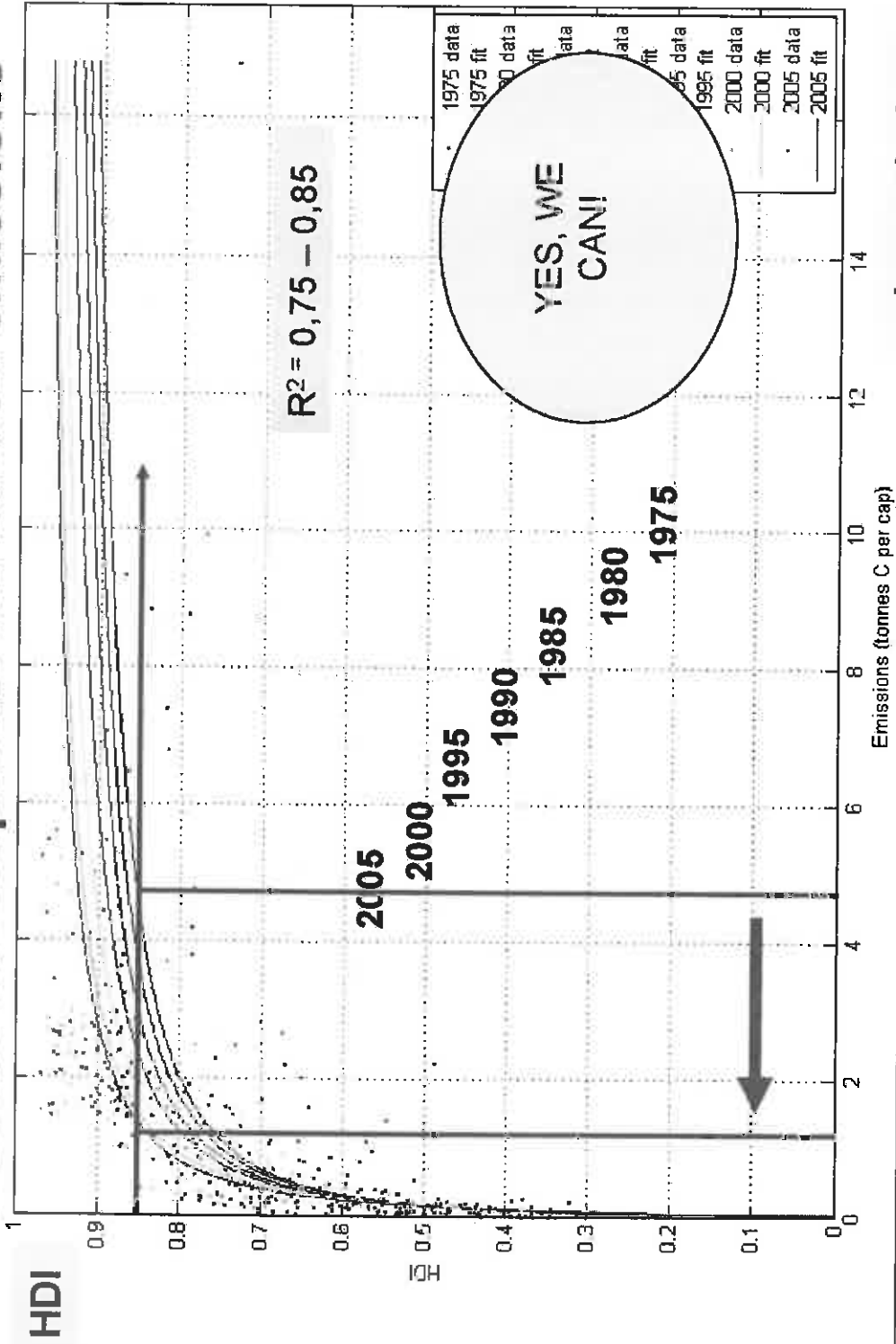
Quelle: UNEP International Resource Panel, Decoupling Report 2011 (after World Bank)



## „Gestaltender Staat“?

- Beim Einsetzen der Großen Transformation versammelten sich die europäischen Staatsoberhäupter zum Wiener Kongress (1815). Sie feierten, dass Napoleon endlich sicher verwahrt, und die Französische Revolution überstanden. Mit Legitimität von Gottes Gnaden versicherten sie einander, dass von nun an der bisher bewährte Pfad fortgesetzt werde und der gemeinsame Friede geachtet.
- Die folgenden hundert Jahre verliefen ganz anders: Revolutionen und Kriege säumten den Pfad der Durchsetzung von Kohle und Industrie, und spätestens der Erste Weltkrieg fegte sie und ihr Gottesgnadentum hinweg.
- Macht die Politik heute den Fehler, zu glauben, es liefe alles weiter wie bisher, Veränderungen ließen sich einfach aussitzen, kann es ihr, der Demokratie und dem Weltfrieden ähnlich ergehen.

# Human development vs. Carbon emissions

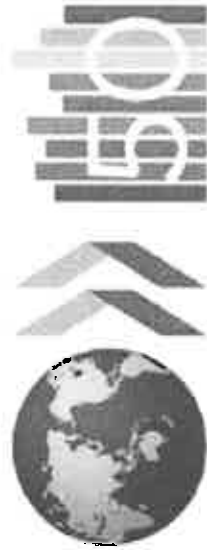


Source: Steinberger & Roberts 2010

## Literatur

- Murray, James and David King.** 2012. Oil's tipping point has passed. *Nature* 481, pp.433-435.
- Steinberger, Julia K. and Timmons Roberts.** 2010. From constraint to sufficiency: the decoupling of energy and carbon from human needs, 1975-2005. *Ecological Economics* 70(2): 425-433.
- Turner, Graham M.** 2008. A comparison of The Limits to Growth with 30 years of reality. *Global Environmental Change* 18 (3):397-411.
- Turner, Graham M.** 2012. On the cusp of global collapse? Updated comparison of the Limits to Growth with reality. *GAI A forthcoming, 2012.*
- UNEP International Resource Panel (2011).** Decoupling Natural Resource Use and Environmental Impact from Economic Growth. Nairobi.  
[http://www.unep.org/resourcepanel/decoupling/files/pdf/decoupling\\_report\\_english.pdf](http://www.unep.org/resourcepanel/decoupling/files/pdf/decoupling_report_english.pdf)
- UNEP Regional Office for Asia and the Pacific (2011).** Resource Efficiency: Economics and Outlook for Asia and the Pacific. Bangkok.  
[http://www.unep.org/dewa/Portals/67/pdf/Resource\\_Efficiency\\_EOAP\\_web.pdf](http://www.unep.org/dewa/Portals/67/pdf/Resource_Efficiency_EOAP_web.pdf)
- WBGU.** (2011). Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.

Deutscher Bundestag  
Enquete-Kommission  
Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität  
Kommissionsdrucksache  
17(26)74  
21. März 2012



ORGANISATION FOR ECONOMIC  
CO-OPERATION AND DEVELOPMENT  
ORGANISATION DE COOPÉRATION ET  
DE DÉVELOPPEMENT ÉCONOMIQUES

## Measuring Progress: from Compass to Global Positioning System

Martine Durand  
OECD Chief Statistician and Director of the OECD Statistics  
Directorate

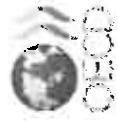
Symposium of the Study Commission on Growth, Well-Being  
and Quality of Life, 21 March 2012



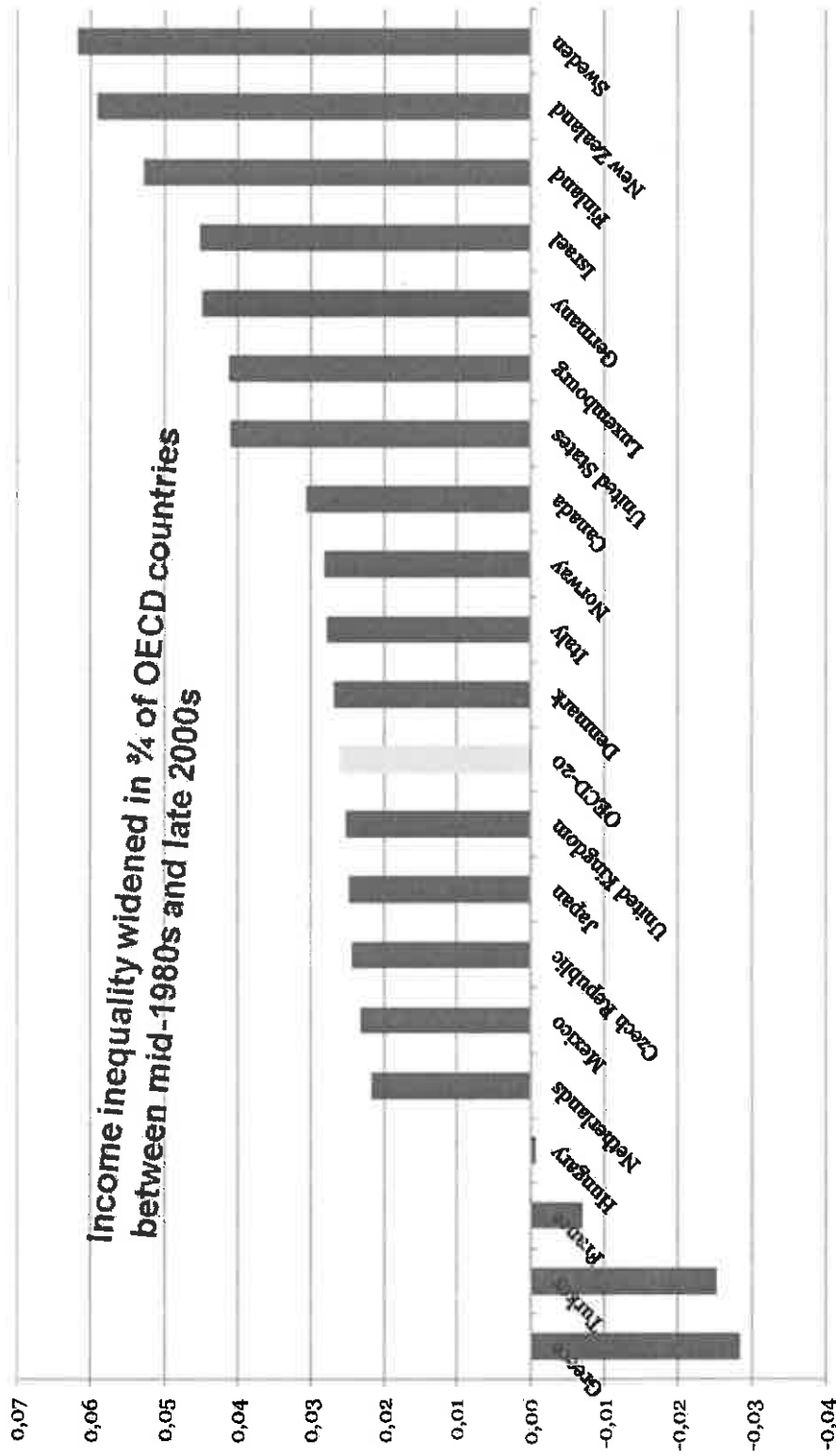
## The starting point...

**GDP is**  
**... a key measure for monitoring macro-**  
**economic activity, output, productivity,**  
**demand for jobs**

**GDP is not**  
**... a metric of well-being**  
**Often at variance with people's personal**  
**experience**



## Example: income inequality



Point changes in Gini coefficient, from mid-1980s to late-2000s

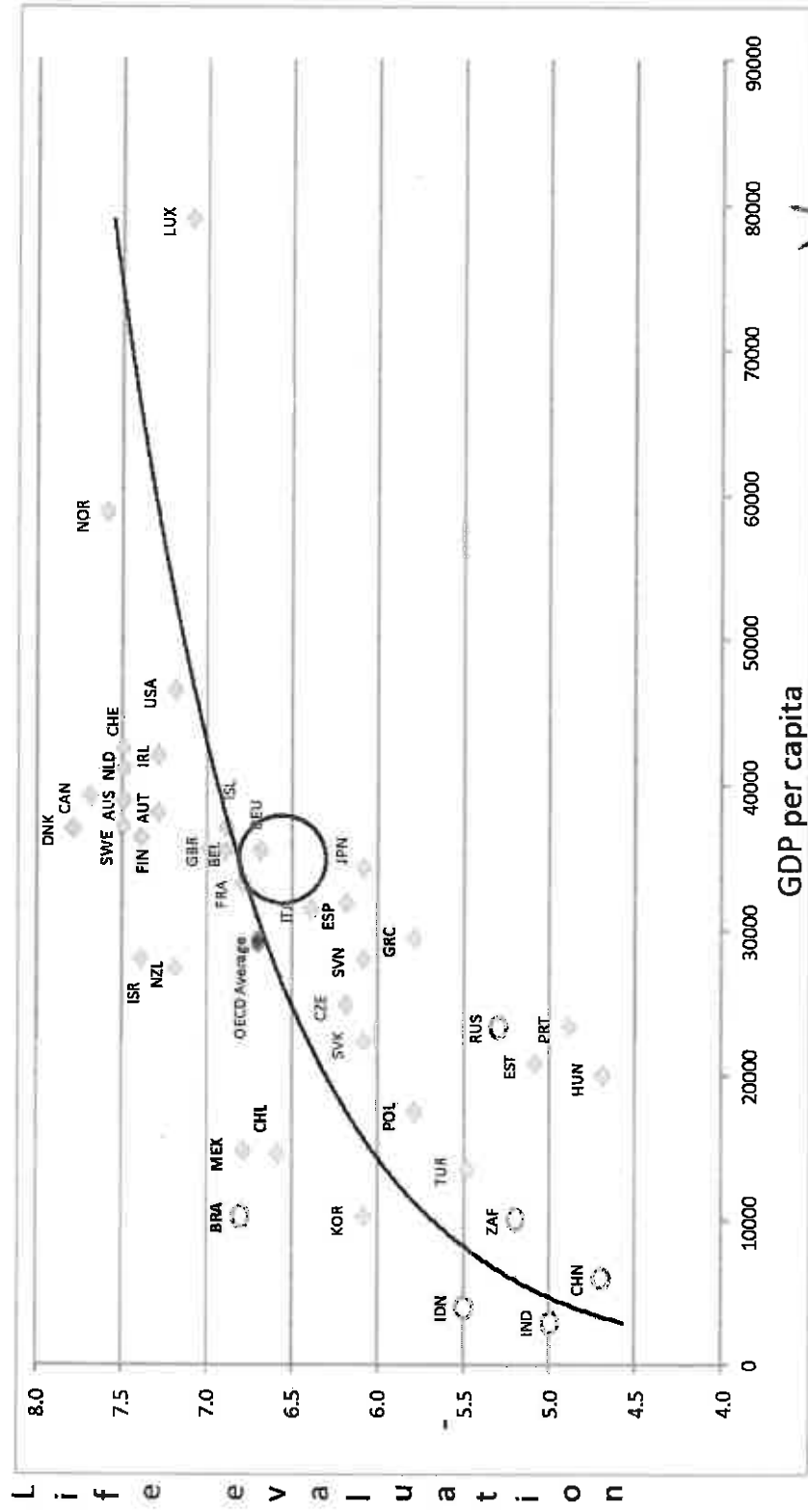
Source : OECD Income distribution and poverty database





# Money is not all that counts

Average life evaluation and GDP per capita across countries



# The OECD work on measuring well-being and progress

- Started 10 years ago: 3 World Fora, Global Project

- Last year: launch of the *OECD Better Life Initiative*

- Main goal: to build a GPS of societal progress, i.e. information system that

  - Goes beyond the market

  - Goes beyond the average

  - Goes beyond “here and now”



# The OECD Better Life Initiative

Building on almost 10 years  
of OECD work under the  
Global Project

How's  
Life?  
(report)

OECD  
Better  
Life

Now moving to measuring  
what matters most in  
PEOPLE'S life

Initiative:

Your Better  
Life Index  
(interactive  
web tool)

## OECD@50: Better policies for better lives



## Focus

- **Households and people, not just GDP**
- **Outcomes, not inputs or outputs**
- **Assessing inequalities alongside averages**
- **Including both objective and subjective aspects of well-being**

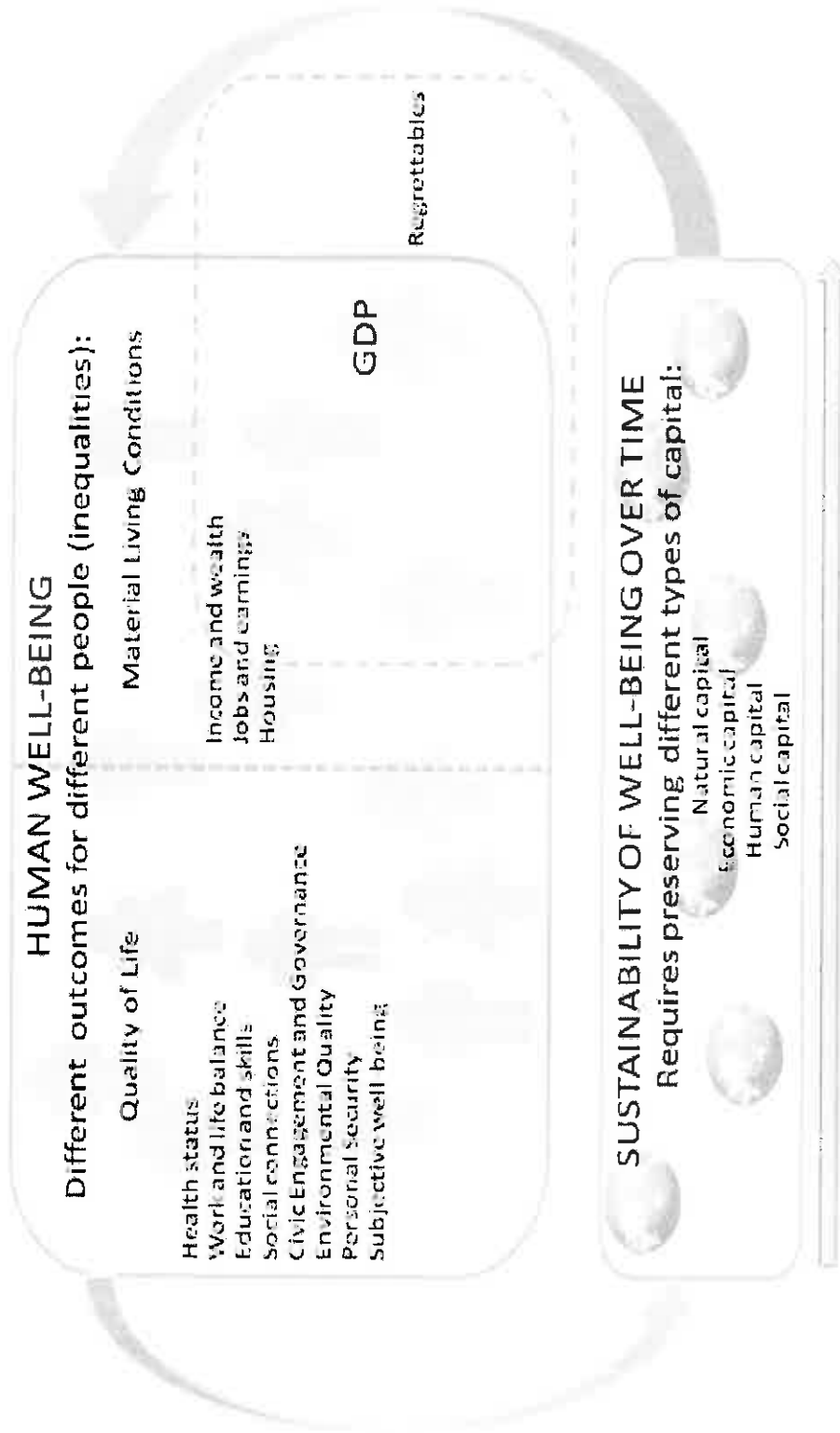


## Scope

- **Well-being here and now**
  - Quality of Life
  - Material Living Conditions
- **Well-being in the future**
  - Sustainability

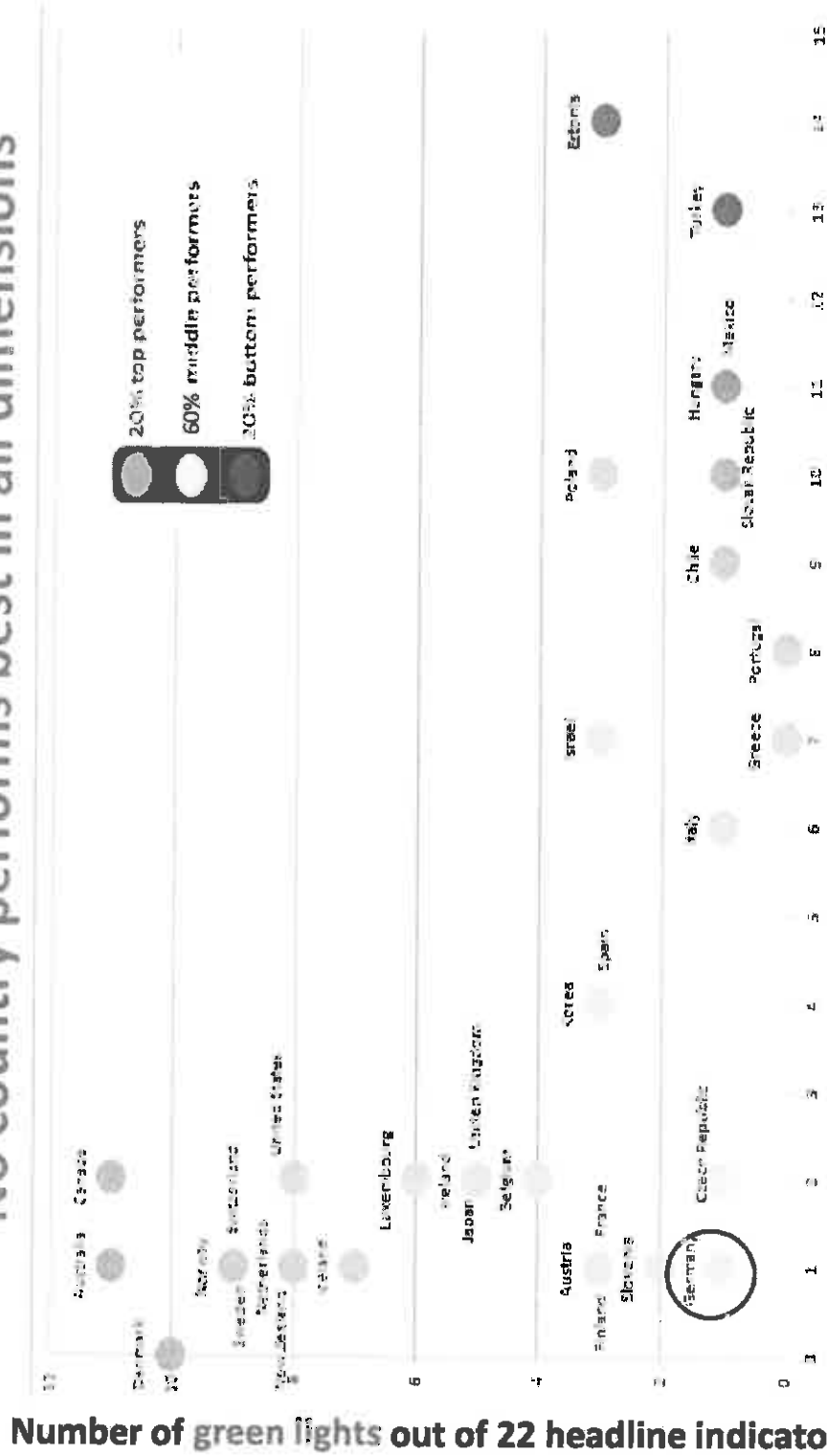


# The OECD well-being framework



# A few highlights from HOW'S LIFE?

No country performs best in all dimensions

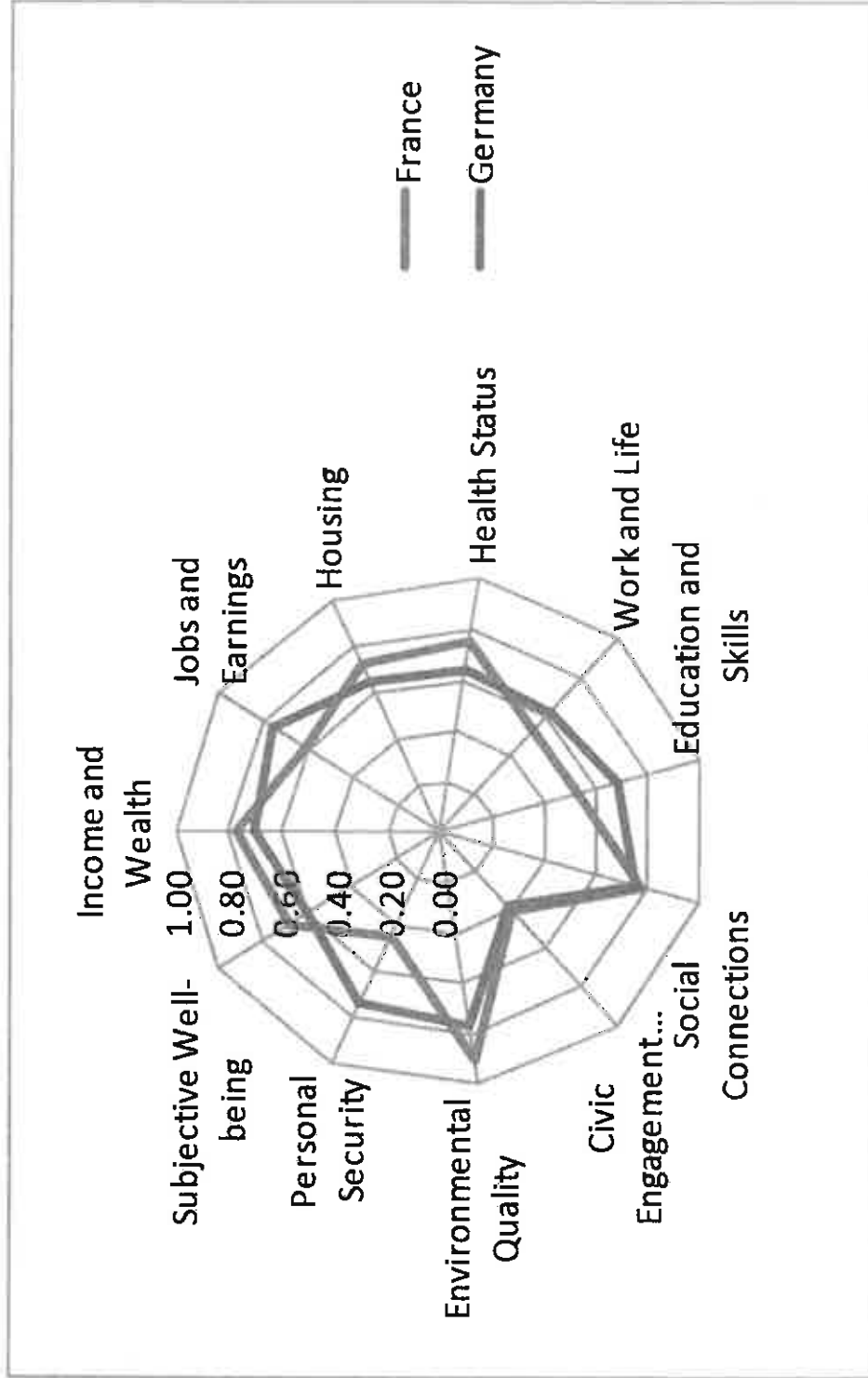


Number of red lights out of 22 headline indicators

Source : OECD calculations



# Strengths and weaknesses differ among countries

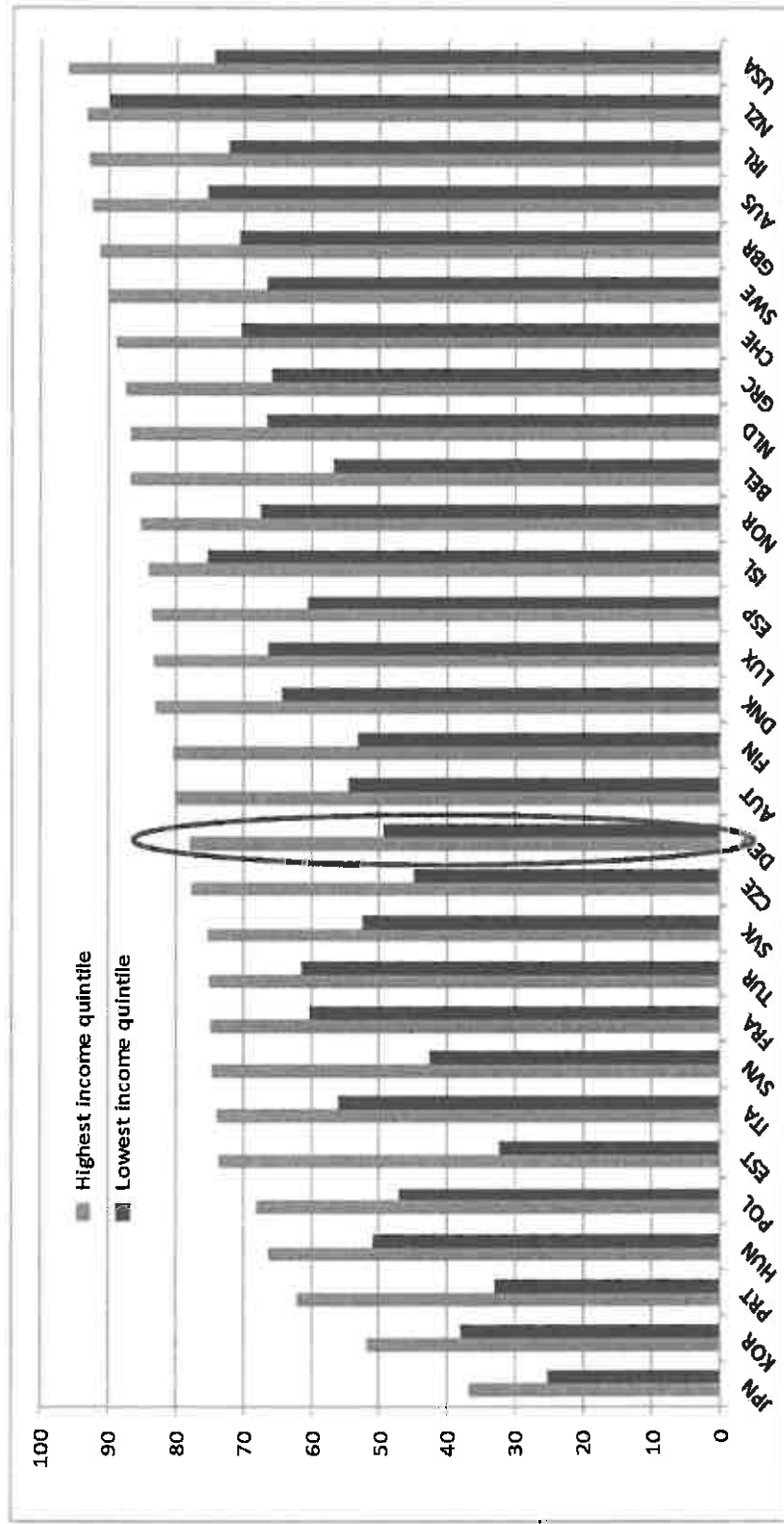


Source : OECD calculations



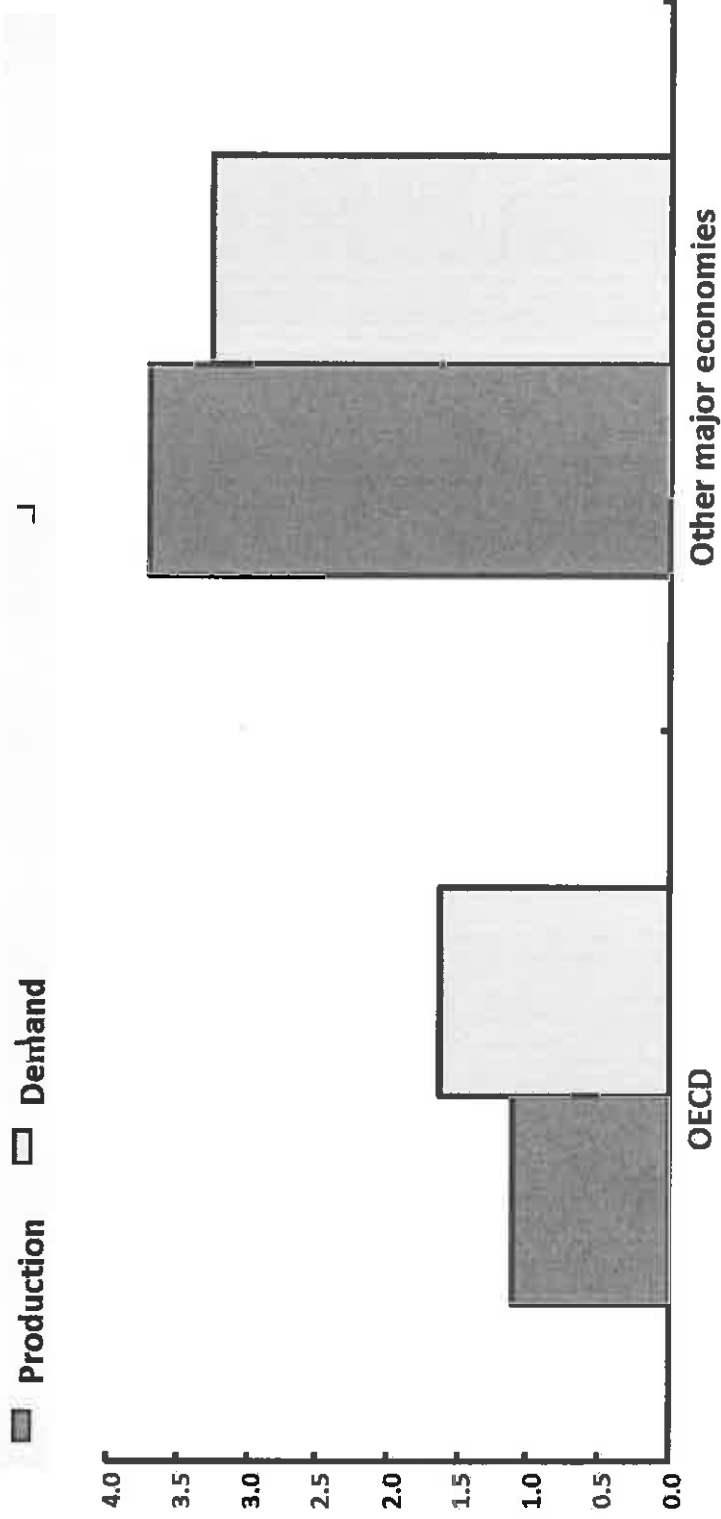
# Inequalities in well-being: health

Low-income people report lower health status



# Environmental sustainability

Demand-based CO2 emissions grew faster than production-based emissions in the OECD area



Production-based and demand-based CO2 emissions,  
Rate of change per year, 1995-2005

Source : OECD, Towards Green Growth: Monitoring Progress – OECD Indicators



## Involving the public

- Engaging with civil society has been one of the goals of the OECD-hosted

Global Project



wikiprogress

- *How's Life?* is accompanied by interactive web tool (*Your Better Life*

*Index*) aimed at involving the public



# Your Better Life Index

Home Countries Topics About

**Create Your Better Life Index**

How do you define a better life? Use our interactive tool to see how your country performs on the topics you feel make for a better life.

Start with all topics rated equally or set your own preferences here.

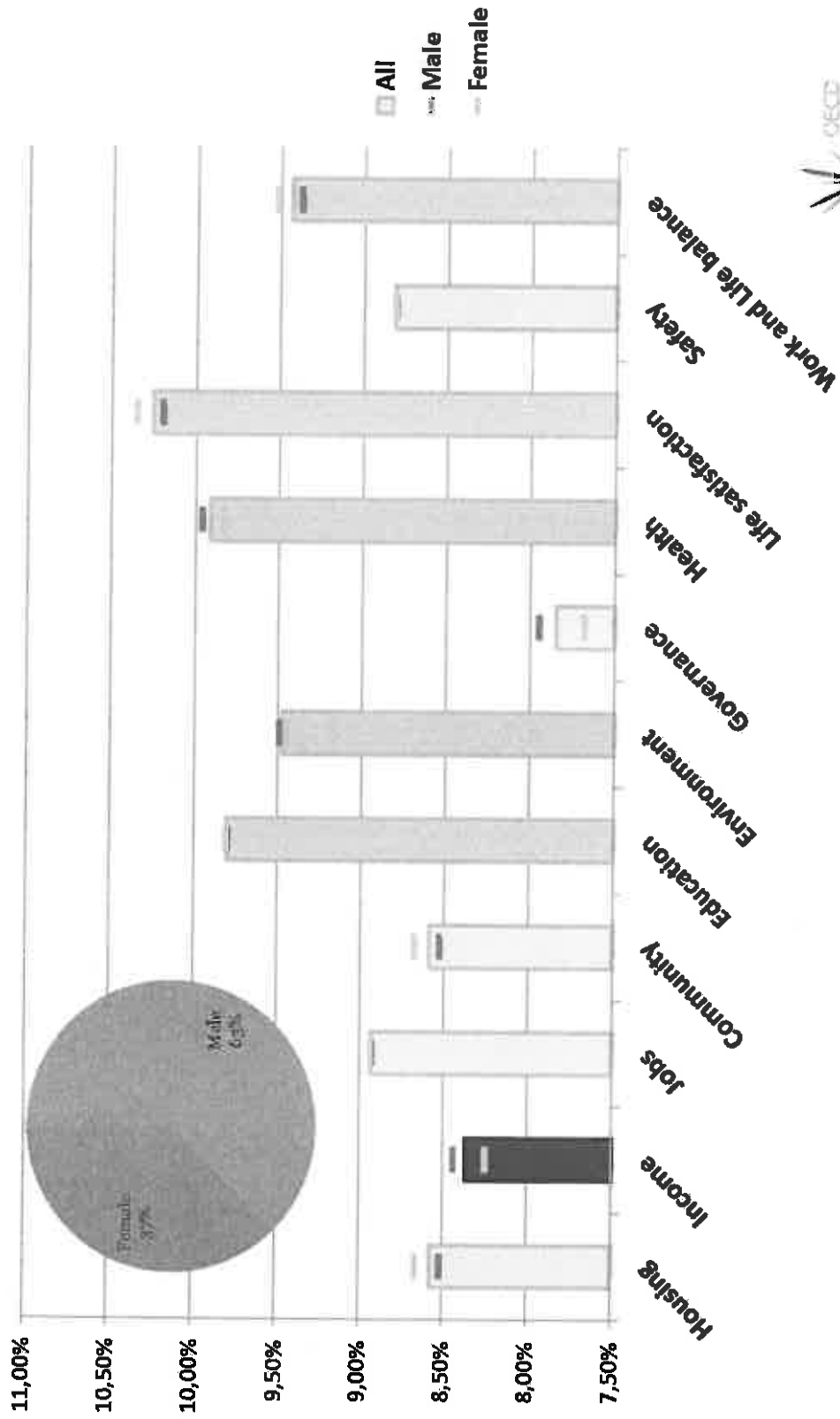
Create Your Better Life Index

Share My Index

Housing  Income  Jobs  Consumption  Education  Environmental  Government  Health  Life Satisfaction  Safety  Work-life balance



# What matters most to people ?



Source : OECD calculations



## What next? (1)

### OECD research on well-being

- **OECD committed to deliver on measurement agenda**
  - Developing guidelines on subjective well-being
  - Integrating inequalities in National Accounts
  - Developing standards for measuring household wealth and joint distribution of income, consumption and wealth
  - Measures of household non-market production
  - Green Growth Indicators; Human and social capital

- **In collaboration with National Statistical Offices and other international organisations**



## What next? (2)

### Linking measures of well-being to policy-making

- **Beyond the mandate of statisticians**
- **Involving other policy groups at the OECD**
- **Requires new analytical approaches**
- **Some countries have also started bringing considerations of well-being systematically into policy-making (Australia, New Zealand, U.K.)**
- **OECD stands ready to advance the agenda**



**Thank you!**

**[martine.durand@oecd.org](mailto:martine.durand@oecd.org)**

**[oecdbetterlifeinitiative.org](http://oecdbetterlifeinitiative.org)**

**[oecdbetterlifeindex.org](http://oecdbetterlifeindex.org)**

